

Schriftenreihe des Landtages Brandenburg Heft 2/2013

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Aussprache

29. August 2013



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Blick in das Plenum des Brandenburger Landtages.



Inhalt

05

**Minister-
präsident Dr.
Dietmar Woidke
(SPD)**

19

**Dieter
Dombrowski*
(CDU)**

31

**Klaus Ness
(SPD)**

45

**Andreas
Büttner
(FDP)**

57

**Christian Görke*
(DIE LINKE)**

69

**Axel Vogel
(GRÜNE/B90)**

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. §95 der Geschäftsordnung).

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen
und Herren! Bevor ich mit der
Regierungserklärung beginne, gestatten
Sie mir eine persönliche Bemerkung:

Am kommenden Sonntag begehen auch wir in Brandenburg den Antikriegstag und erinnern damit an den Einmarsch Hitlerdeutschlands in Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 74 Jahren. Das millionenfache Leid des Zweiten Weltkriegs ist für mich Anlass, heute Morgen den Blick nach Syrien zu wenden. Ich weiß um die Sorgen vieler Menschen in Brandenburg, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich teile diese Sorgen. Die Weltgemeinschaft muss geschlossen nach Wegen suchen, diesen fürchterlichen Bürgerkrieg zu beenden. Sie muss nach Wegen suchen, den Flüchtlingen zu helfen. Und sie muss nach Wegen suchen, zu verhindern, dass in dieser Region ein neuer Flächenbrand entsteht, der unkontrollierbare Ausmaße annehmen kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Mit dem gestrigen Tag habe ich mein

Amt als Ministerpräsident von Brandenburg angetreten. Ich weiß: Auf mich wie auf uns alle kommen in den kommenden Monaten und Jahren große Aufgaben zu. Aber ich weiß auch: Ich stehe im Dienste der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, eines Landes, das in seiner noch jungen Geschichte schon sehr, sehr viel erreicht hat. Wir feiern schon bald unseren 25. Geburtstag. Brandenburg ist damit im wahrsten Sinne des Wortes erwachsen geworden, und Brandenburg ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein modernes Land.

Brandenburg ist stark, Brandenburg ist lebenswert. Und: Brandenburg hat Zukunft und wird seinen Weg weiter gehen.

Dass ich das alles heute hier so klar sagen kann, ist das Verdienst aller Brandenburgerinnen und Brandenburger, die unser Land gemeinsam aufgebaut haben. Aber es ist auch gerade das Verdienst meiner beiden Amtsvorgänger. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck waren außerordentliche Landesväter.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und sie waren außerordentliche Ministerpräsidenten – der eine wie der andere, jeder auf seine ganz eigene Art. Ohne Manfred Stolpe und Matthias Platzeck würde unser Land heute bei Weitem nicht so gut und so stabil dastehen, wie es das tut.

Im Namen der gesamten Landesregierung danke ich heute unserem scheidenden Ministerpräsidenten Matthias Platzeck nochmals von ganzem Herzen für seine großartige Arbeit im Dienste unseres Landes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Manfred Stolpe und Matthias Platzeck nachzufolgen bedeutet für mich eine sehr große Herausforderung. Diese Herausforderung nehme ich an – mit großem Respekt, mit großer Ernsthaftigkeit, mit einem guten Schuss Demut, aber auch mit Zuversicht und Optimismus. Ich verspreche Ihnen und verspreche allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes: Ich werde Ihnen mit ganzer Kraft dienen. Ich werde unserem Land mit ganzer Kraft dienen.

Die Medien haben mich bereits als „Dr. Sachlich“ klassifiziert; das ist in Ordnung. Nach vielen Jahren als Abgeordneter, in zwei Ministerämtern und einem Jahr als Vorsitzender der SPD-Fraktion hier im Brandenburger Landtag kann ich mit diesem Image gut leben. Aber, meine Damen und Herren, Sachlichkeit ist nicht alles. Sie alle kennen Max Webers berühmte Definition von Politik als dem „Bohren von harten Bret-

tern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Seien Sie ganz sicher: Meine Leidenschaft für Brandenburg ist genauso groß wie das Augenmaß, das ich bei meiner politischen Arbeit angestrebt habe und natürlich auch in Zukunft anstreben werde. Augenmaß und Leidenschaft, beides gehört zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Brandenburg haben Verhältnisse geschaffen, in denen es sich sehr gut leben lässt. Wir haben Vertrauen zueinander und im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat erlangt. Und wir in Brandenburg haben eine gemeinsame Identität gefunden. Brandenburgs Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ihr Land. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist großes Kapital für uns.

Für die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind wir gewappnet. Das müssen wir auch sein, denn diese Herausforderungen werden beträchtlich sein und uns über viele Jahre begleiten. Es geht um ganz zentrale Fragen: um den inneren Zusammenhalt unseres Landes, den demografischen Umbruch, die Energiewende und die Sicherung unseres Landes als Industriestandort. Es geht aber auch darum, wie wir Brandenburg als ein Land der guten, anständig bezahlten und sicheren Arbeit ausgestalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es geht darum, eine vorsorgende Gesellschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die eben nicht erst dann eingreift, wenn Entwicklungen bereits aus dem Ruder gelaufen sind. Es geht auch um solide öffentliche Finanzen.

Es handelt sich hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht um einmalig auftauchende oder gar um schnell zu lösende Probleme, sondern um große strukturelle Aufgaben, die uns über Jahre hinaus beschäftigen werden. An der Lösung dieser zentralen Aufgaben für unser Land Brandenburg werden wir alle gemeinsam gemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht wenige habe die Brandenburger Große Koalition aus SPD und Linkspartei anfänglich mit Vorbehalten – ich kann hinzufügen: großen Vorbehalten – begleitet. Diese Vorbehalte sind gewichen. Die rot-rote Regierungskoalition arbeitet intensiv und erfolgreich für unser Land. „Gemeinsinn und Erneuerung“ – das Motto unseres Koalitionsvertrages – durchzieht wie ein roter Faden unsere Politik. Dabei wird es auch in den verbleibenden 13 Monaten dieser Legislaturperiode bleiben. Sozialdemokratie und Linkspartei beweisen gerade hier in Brandenburg, dass es nach zwei Jahrzehnten Demokratie möglich ist, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten –

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

– zusammenzuarbeiten, ohne Vergangenes zu vergessen oder zu verdrängen, und gemeinsam nach vorn zu blicken und die Probleme unseres Landes entschlossen anzugehen.

Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass gute Arbeit immer mehr zur Realität hier in unserem Land Brandenburg wird. Dafür steht unser Vergabegesetz. Die Landesregierung wird in Kürze

einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem der bestehende Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen auf 8,50 Euro erhöht wird. Damit folgen wir dem Vorschlag der Mindestlohnkommission.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Gute Arbeit heißt für uns auch: Unternehmen mit zu hoher Leiharbeiterquote sind von der Förderung im Rahmen der Richtlinie zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ausgeschlossen. Dafür steht auch der von der Landesregierung initiierte und vorangetriebene Dialog der Sozialpartner. Wir wollen – und haben – selbstbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer. Und wir haben starke Gewerkschaften. Darum kann ich auch an dieser Stelle alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur ausdrücklich aufrufen: Treten Sie in die Gewerkschaften ein!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Für alle Unternehmer gilt: Werden Sie Mitglied in den Arbeitgeberverbänden!

(Beifall SPD sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Am Leitbild guter Arbeit orientieren sich auch die von dieser Regierung verbesserten Integrationsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und unser energischer Einsatz für einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder weiß: Bildung ist der Rohstoff, aus dem Wohlstand und Lebenschancen gemacht werden. Deshalb haben wir auf dem Gebiet der Bildung systematisch in Qualität und Chancengleichheit investiert. Wir haben den Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessert und damit die Voraussetzungen für 1 000 zusätzliche Erzieherstellen geschaffen. Wir haben das Brandenburger Schüler-BAföG eingeführt, weil Bildung eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf und soziale Gerechtigkeit immer auch und vor allem Bildungsgerechtigkeit heißt.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben rund 2 000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, fast doppelt so viele, wie wir es 2009 zugesagt hatten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das bringt frischen Wind in die Klassenzimmer. Davon profitieren letztlich wir alle. In diesem Zusammenhang sage ich hier klipp und klar: Meine Regierung wird für eine weitere Verbesserung an unseren Schulen sorgen. Wir erhöhen die Vertretungsreserve bei den Lehrern ab dem Frühjahr 2014 um 50 %, ohne dass es Abstriche an den Konsolidierungszielen des Haushaltes geben wird.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Damit werden die Schulen Unterrichtsausfall schneller und besser be-

gegnet können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet immerhin 10 Millionen Euro mehr – zusätzlich! – ab dem Frühjahr 2014 für Bildung in unserem Land. Dieses Geld ist gut angelegtes Geld.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Rahmen für eine lebendige Zivilgesellschaft geschaffen, beispielsweise durch unsere systematische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, aber auch durch die Herabsetzung des Wahlalters bei Brandenburger Wahlen auf 16 Jahre. Gerade in dieser Entscheidung kommt zugleich die Wertschätzung zum Ausdruck, die diese Landesregierung den jungen Menschen im Land entgegenbringt. Sie sind das Kostbarste, was wir in Brandenburg haben.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Ohne sie hätte Brandenburg keine Zukunft. Wir werden durch gute Bildung jeden jungen Menschen so unterstützen, dass seine Fähigkeiten und Begabungen voll entfaltet werden können. Die Wahrheit ist: Jeder einzelne junge Mensch in unserem Land, der sich ein bisschen anstrengt, kann sich heute ziemlich sicher sein, gebraucht zu werden – jede einzelne junge Frau und jeder einzelne junge Mann.

Das ist auch deshalb so, weil sich die Wirtschaftslage in unserem Land in den vergangenen Jahren deutlich verbessert hat. Dies wiederum verdanken

wir zuerst den vielen tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir verdanken es unserem Mittelstand, den Handwerkern, den Handel- und Gewerbetreibenden hier im Land. Sie haben Arbeitsplätze geschaffen. Sie halten unsere Wirtschaft unter Dampf.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Aber die Lage wird komplizierter. Im Schuljahr 1995/1996 gab es in Brandenburg noch fast 34 000 Schulabgänger. Inzwischen hat sich diese Zahl nahezu halbiert. Daraus ergibt sich im Umkehrschluss eine sehr gute Nachricht, nämlich die, dass wir in Brandenburg im Prinzip jeder jungen Frau und jedem jungen Mann einen guten Arbeitsplatz bieten können. Das bedeutet, dass wir Lebens-, Berufs- und Aufstiegschancen allen jungen Menschen bieten können. Was für ein Kontrast zu den hinter uns liegenden Jahren, vor allen Dingen zu den 90er-Jahren der Massenarbeitslosigkeit und der Perspektivlosigkeit.

Wenn wir gemeinsam auf dieser Erfolgsspur bleiben wollen, müssen wir wirklich jeden jungen Mann und jede junge Frau mitnehmen. Darum appelliere ich eindringlich an alle Unternehmen hier im Land: Schaffen Sie Ausbildungsplätze, wo immer Sie nur können!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Sie werden auch morgen, übermorgen und in zehn Jahren Arbeitskräfte benötigen. Die werden Sie aber nur dann bekommen, wenn Sie, liebe Un-

ternehmerinnen und Unternehmer, jetzt und heute vorsorgen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle unsere Maßnahmen auf den Feldern der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik zielen auf das ab, was wir unter Gemeinsinn verstehen – als Sinn für das gemeinsame Wohl aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wir wollen ein starkes Brandenburg, an dem alle Menschen und alle Regionen dieses Landes teilhaben, ein starkes Brandenburg, das allen gemeinsam zugutekommt.

Neben Gemeinsinn ist dafür Erneuerung die zweite wichtige Grundlage. Auch hier haben wir bereits gemeinsam Tatsachen geschaffen. Wir haben einen finanziellen Konsolidierungskurs eingeschlagen und, obwohl es uns kaum jemand zugetraut hätte, diesen Kurs auch beibehalten. Diese Regierung steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erleichtert – nach heftigen Debatten in diesem Haus; daran kann ich mich noch gut erinnern. Und wir werden den kommunalen Finanzausgleich in der Weise neu regeln, dass die Solidarität zwischen ärmeren und reicheren Kommunen auch in Zukunft gewährleistet wird. Diese Regierung steht für eine solidarische Gesellschaft.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben die Energiestrategie 2030 verabschiedet und Maßnahmen zur Sicherung unseres Bedarfs an Fachkräften eingeleitet. Diese Regierung steht für eine vorausschauende Industrie- und Innovationspolitik.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Klar ist: Meine Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, dass wir unseren Koalitionsvertrag, unseren Koalitionsauftrag bis zum Herbst 2014 weiter konsequent erfüllen und uns natürlich auch den aktuellen Herausforderungen stellen.

*(Zuruf des Abgeordneten
Dombrowski [CDU])*

Zu diesen aktuellen Herausforderungen zählt zuallererst das größte Infrastrukturprojekt für unsere Region und für ganz Ostdeutschland, der Flughafen BER. Es ist unbestreitbar: Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, unser Wohlstand und die Lebenschancen der Menschen hier in Brandenburg und darüber hinaus werden in den kommenden Jahrzehnten nicht zuletzt davon abhängen, dass in unserer Region ein moderner und leistungsstarker Flughafen existiert. Matthias Platzeck hat sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen-gesellschaft mit Umsicht und Zielstrebigkeit ausgeführt. Ich habe mich entschlossen, ihm in dieser Funktion nicht nachzuzufolgen. Allein die Einarbeitung würde viel Zeit kosten, Zeit, die dieses wichtige Projekt nicht mehr hat. Deshalb haben wir mit Staatssekretär Bretschneider einen versierten Kenner der Materie in den Aufsichtsrat entsandt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die von mir geführte Landesregierung wird sich für mehr Nachruhe am BER einsetzen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Entgegen anderslautenden, aber irreführenden Aussagen können wir dies allerdings nicht allein bewerkstelligen. Vielmehr verhandeln wir darüber mit den beiden anderen Gesellschaftern, die bekanntlich bei diesem Thema eine deutlich andere Position vertreten als wir hier in Brandenburg. Wir verhandeln selbstverständlich auf der Grundlage unseres Landtagsbeschlusses und werden alles daransetzen, eine für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu erreichen. Unser Ziel ist ganz klar mehr Nachruhe.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In der Frage des Schallschutzes bin ich froh, dass sich die Flughafengesellschaft mit den Bürgermeistern mittlerweile geeinigt hat und auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht. Jetzt, liebe Flughafengesellschaft, müssen den Worten aber auch die entsprechenden Taten folgen. Das erwarten wir von euch.

*(Beifall SPD und DIE LINKE – Frau
Wehlan [DIE LINKE]: Genau!)*

Weitere dringende Herausforderungen für dieses Land – und keine ganz neuen – sind die Hochwasseropferhilfe und die Vermeidung zukünftiger Hochwasserschäden. Von Herzen bedanke ich mich im Namen der gesamten

Landesregierung von dieser Stelle aus nochmals bei all jenen, die als couragierte Helfer dazu beigetragen haben, Schlimmeres für unser Land Brandenburg und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu verhindern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Besonders danken möchte ich den ehrenamtlich im Katastrophenschutz Tätigen im THW, in den Feuerwehren, aber auch in vielen anderen Organisationen, die Herz und Rückgrat des Brandenburger Katastrophenschutzes waren und sind und dies im Jahr 2013 erneut bewiesen haben. Das Ehrenamt, nicht nur im Katastrophenschutz, wird für unsere Landesregierung weiterhin eine herausgehobene Rolle spielen. Brandenburg lebt davon, Brandenburg lebt vom Ehrenamt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das Generationenprojekt Hochwasserschutz müssen und werden wir weiter vorantreiben. Wir werden weitere Polderflächen schaffen und unseren Flüssen damit mehr Raum geben. Wir werden aber auch die erforderlichen Deiche bauen, erneuern sowie ergänzen. Brandenburg ist beim Hochwasserschutz schon jetzt Spitze. Aber – auch das hat das Jahr 2013 gezeigt – wir dürfen mit unseren Anstrengungen in diesem Bereich keinen Augenblick nachlassen.

Ebenso wenig nachlassen dürfen wir in der entschiedenen Durchsetzung von Recht und Ordnung gegen alle Formen von Kriminalität und Gewalt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Besonders Grenzkriminalität und Einbruchdiebstahl bekämpfen wir mit Nachdruck. Brandenburg ist ein sicheres Land für seine Bürgerinnen und Bürger. Dabei muss es bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dabei wird es bleiben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir werden in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 240 junge Anwärtinnen und Anwärter an die Polizeischule Oranienburg bringen. Das ist ein wichtiger Schritt für die Nachwuchssicherung der Brandenburger Polizei; es wird nicht der letzte Schritt sein können. Und wir werden 2014/2015 die Ergebnisse der auf den Weg gebrachten Polizeireform kritisch evaluieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stark sein, stark bleiben und da, wo es geht, noch stärker werden – das hat für Brandenburg zwei Komponenten: Stärke nach innen und Stärke nach außen. Wir müssen im Bund und in Europa aktiv und konsequent für unsere gemeinsame Brandenburger Sache eintreten. Wir müssen in Zukunft mehr denn je ein Land sein und unsere Kräfte auch hier im Land noch besser bündeln als bisher.

Dazu gehört auch, dass wir uns als Bürger aktiv an den Angelegenheiten unseres Gemeinwesens beteiligen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger appellieren: Gehen Sie bitte wählen! Machen Sie von Ihrem Recht auf demokratische Mitbestimmung Gebrauch! Geben Sie Ihre Stimme ab – bei der Bundestagswahl am 22. September, bei der Kommunalwahl, bei der Europa-

wahl und auch bei der Landtagswahl im kommenden Jahr – und entscheiden Sie in der Wahlkabine nach bestem Wissen und Gewissen, aber entscheiden Sie sich auf jeden Fall für Kandidaten der demokratischen Parteien!

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Hier im Brandenburger Landtag sitzen seit 2009 keine Rechtsextremisten mehr, weil die Wählerinnen und Wähler sie nicht mehr wollten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das tut diesem Hohen Haus gut, und das tut dem ganzen Land Brandenburg gut.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ein Land, ein Brandenburg – das heißt: gleichberechtigtes Miteinander der Regionen. Es ist ja bekannt: Ich stamme aus Forst in der Lausitz, noch genauer gesagt, aus Naundorf bei Forst in der Lausitz. Da unten bin ich zu Hause. Dort ist meine Familie seit vielen Generationen ansässig.

(Zuruf von der CDU: Bei Lauchhammer!)

– Es ist nicht so weit weg von Lauchhammer.

Das Lebensgefühl und die Lebensumstände der Regionen unseres Landes, die fernab von Berlin liegen, kenne ich aus meinem heimischen Alltag sehr, sehr genau. Aber die Perspektive der Landesteile rund um Berlin ist mir natürlich ebenfalls sehr gut vertraut.

Ich weiß, wie verschieden die Probleme ebenso wie die Wahrnehmung von Problemen ausfallen können. Mir ist

auch bewusst, wie gering zuweilen das Verständnis für die Sorgen und Interessen der jeweils anderen ausgeprägt sein kann. Zwischen zwei völlig unterschiedlichen Sichten liegen manchmal weniger als 30 Minuten Autofahrt. Beispielsweise beim Thema Energiepolitik und Energieverwendung lässt sich das besonders gut beobachten.

Als Ministerpräsident stehe ich ohne Wenn und Aber für das Prinzip des einen, des solidarischen und des zusammengehörigen Landes Brandenburg.

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Mir ist zutiefst bewusst: Jede Region in Brandenburg verdient in gleichem Maße unsere Aufmerksamkeit, jede Region hat mit ihren ganz eigenen Herausforderungen zu kämpfen, jede Region besitzt ihre spezifischen Stärken, die wir gemeinsam weiter zu stärken versuchen müssen. Das gilt für unsere Gebiete mit industriellem und gewerblichem Schwerpunkt, aber ebenso sehr auch für unsere landwirtschaftlich und ländlich geprägten Gebiete. Gerade unsere leistungsfähige Landwirtschaft bleibt für Brandenburg von herausragender Bedeutung.

Vielfalt ist gut, Vielfalt ist richtig. Das moderne Brandenburg soll und muss ein Land der Vielfalt sein. Vielfalt bedeutet Stärke, Vielfalt bedeutet Leben. Bei uns soll jede und jeder nach eigener Fassung glücklich werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei bleibt es.

Aber eines darf Brandenburg niemals werden: ein Land, in dem sich Re-

gionen und Bevölkerungsgruppen auseinanderleben. Ich sage mit vollem Ernst, die Gründung und der Aufbau unseres Landes Brandenburg wären vergeblich gewesen, würden wir jetzt oder in Zukunft solche zentrifugalen Kräfte zulassen.

Die Landesregierung hat bereits vor langer Zeit erkannt, dass wir wirtschaftliche Leuchttürme auch in der Fläche brauchen. Wir haben unsere Politik besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung erfolgreich darauf abgestellt.

Auch der Weg, in Wissenschaft und Forschung zu investieren, war und ist richtig. Wir haben heute eine erfolgreiche Hochschullandschaft. Das Land und die an den Hochschulen Studierenden und Tätigen dürfen zu Recht darauf stolz sein.

Unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik werden wir gemeinsam fortsetzen. Wir werden Innovationen fördern, und wir werden unsere industrielle Basis weiter stärken.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Dabei kooperieren wir eng mit Berlin – gerade auf wirtschaftlichem Gebiet – und bilden eine starke europäische Hauptstadtregion.

Ich bin ein bisschen irritiert wegen der roten Lampe vor mir, Herr Präsident. Ich dachte, beim Ministerpräsidenten gibt es so etwas nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber gut, wieder etwas gelernt.

Präsident Fritsch:

Vor dem Rednerpult sind alle Menschen gleich.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Es ist hier vorn wie in der Disco.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten hart daran, dass unsere Regionalen Wachstumskerne wirtschaftlich noch stärker auf ihr Umland abfärben. Wir brauchen die mittelgroßen Städte als Oberzentren der Gesundheitsversorgung, der Verwaltung und auch der Bildung. Nicht jede Kommune kann und muss alles leisten, aber wir brauchen eine flächendeckende Versorgung in all diesen Bereichen. Dafür wird sich die von mir geführte Landesregierung mit Nachdruck einsetzen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Unsere Bevölkerungszahl schrumpft, und ebenso schrumpfen die Mittel, die uns allen gemeinsam zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Wandel strategisch klug gestalten. Darum ergreifen wir weitere innovative Maßnahmen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Beispielhaft nenne ich hier „Schwester AGnEs“, den KombiBus oder auch das Rollende Bürgerbüro. Das sind Projekte, die zum Teil bereits bundesweit für Aufsehen sorgten und Nachahmer gefunden haben.

(Zuruf von der CDU)

Überall in Brandenburg finden sich heute kulturelle und landschaftliche Highlights, die wieder aufgebaut oder erhalten worden sind. Vor allem aber finden sich quer durch unser Land Städte, die in den letzten zwei Jahrzehnten ganz maßgeblich an Substanz gewonnen haben, als kultureller und ästhetischer Lebensraum und als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung. Wir sind ein Land des Sports und der Kultur. Beides macht unser Land attraktiv, schafft Zusammenhalt und Identität.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Ich bin mir ganz sicher, in der Summe vieler intelligenter Ideen und durchdachter Strukturentscheidungen kommen wir am Ende weiter.

Ein Beispiel für innovativen Interessenausgleich ist übrigens die Einigung, die Finanzminister Markov und ich jüngst mit den Gewerkschaften getroffen haben. Sie betrifft die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtenschaft und zahlreiche Maßnahmen, um besonders belastete Berufsgruppen wie Polizisten oder Lehrer zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Paket ist im Ländervergleich vorbildlich und zukunftsweisend.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vielen Dank an dieser Stelle an die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die guten und konstruktiven Gespräche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt spüre ich mittlerweile, wie

in unserem Land das Verständnis dafür wächst, dass wir alle unsere Ansprüche an die demografische und finanzielle Situation des Landes anpassen müssen. Dabei geht es nicht um das Geld der Landesregierung oder um das Geld der Landesverwaltung. Es geht hier um das Geld des gesamten Landes, es geht um das Geld der Bürger unseres Landes. Mit diesem Geld müssen wir verantwortungsbewusst umgehen. Angesichts sinkender Einnahmen besteht dazu schlicht keine vernünftige Alternative. Deshalb bin ich stolz darauf, dass diese Landesregierung bereits in den letzten beiden Jahren keine neuen Schulden aufgenommen hat.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zuruf von der CDU)

Den Weg der Konsolidierung werden wir auch weiterhin mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Auf dem Weg unserer finanziellen Konsolidierung stehen wir auch bundesweit vor wichtigen Weichenstellungen. Das föderale Finanzsystem steht auf dem Prüfstand. Eine Reform des Länderfinanzausgleichs – wie Sie alle wissen – wird derzeit heftig diskutiert.

Von all diesen Fragen wird Brandenburg maßgeblich betroffen sein. Darum werden wir uns aktiv und konstruktiv an der Entscheidungsfindung beteiligen.

Das Gleiche, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt für die Energiewende. In ihrer von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebenen Form ist sie schlichtweg gescheitert.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Hier muss es nach der Bundestagswahl einen grundlegend neuen Anlauf geben. Dabei ist hier natürlich zuallererst der Bund am Zug, aber das Energieland Brandenburg wird sich mit seinen Interessen und seiner Expertise selbstverständlich konstruktiv in diese Diskussion einbringen. Wir müssen und wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben. Aber noch sind wir auf konventionelle Energieträger als Brückentechnologie angewiesen. Das ändert nichts daran, dass wir an den in der Energiestrategie 2030 bekräftigten hohen klimapolitischen Zielstellungen festhalten.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

In der Koalitionsvereinbarung unserer beiden Regierungsparteien heißt es dazu:

„Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist so lange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus erneuerbaren Energien decken kann.“

Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es. Diese Position ist politisch klug und auch ökonomisch vernünftig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich hänge also nicht etwa verklärt an der Braunkohle, weil ich aus der Lausitz stamme, sondern ich halte die Braunkohle bis auf Weiteres für einen unverzichtbaren Energieträger, wenn wir in Deutschland nach dem Ausstieg aus der Atomenergie auch weiterhin eine verlässliche und bezahlbare Energiever-

sorgung sicherstellen wollen. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir.

(Beifall SPD sowie des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Auch im Bundesrat werden wir uns weiterhin aktiv für unsere Belange einsetzen. Die Möglichkeiten der Landesregierung, auch im Bund erfolgreich Politik für unser Land Brandenburg zu machen, haben sich angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat deutlich verbessert. Diese Mehrheitsverhältnisse werden auch nach dem 22. September weiter bestehen.

Unbedingt am Ball bleiben müssen wir auch beim Verhältnis zu unseren Nachbarn: zu Berlin, zu Europa, zur Welt jenseits unserer Landesgrenzen schlechthin. Vor allem in der Zusammenarbeit mit Polen haben meine beiden Amtsvorgänger Vorbildliches geleistet.

Ich bin einige 100 Meter westlich der polnischen Grenze aufgewachsen. Ein enges und freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn liegt mir schon deshalb ganz besonders am Herzen. Insofern werde ich auch an dieser Stelle genauso intensiv, wie es Manfred Stolpe und Matthias Platzeck getan haben, weitermachen. Ich freue mich ganz besonders, dass ich Mitte Oktober anlässlich des Festaktes „10 Jahre Partnerschaft Brandenburg-Großpolen“ unser Nachbarland besuchen darf.

Aber auch insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss Brandenburg noch internationaler werden. Wir

müssen uns klarmachen: Brandenburg liegt mittendrin. Brandenburg liegt mittendrin im neuen, nach Osten erweiterten Europa. Gerade unsere geografische Lage an der Schnittstelle zum ökonomisch aufstrebenden neuen Osten eröffnet uns Chancen und Möglichkeiten, die wir nicht nur wahrnehmen sollten, sondern aus meiner Sicht auch unbedingt wahrnehmen müssen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Die geringe Exportquote unserer Wirtschaft war zwar in der Krise hilfreich, weil wir nicht so stark eingebrochen sind wie andere Bundesländer, jetzt aber bremst sie den Aufschwung bei uns im Land. Auch an diesen Stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir systematisch weiterarbeiten. Brandenburg hat in der Vergangenheit maßgeblich von Europa profitiert, Brandenburg kann in Zukunft von Europa profitieren und Brandenburg wird auch in Zukunft von Europa profitieren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die von mir geführte Landesregierung wird die aktive Politik gegenüber Brüssel fortsetzen. Das betrifft nicht zuletzt die Frage der Mittelverteilung für die neue EU-Förderperiode. Um den Jahreswechsel 2013/2014 werden wir eine Internationalisierungsstrategie vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über zwei Jahrzehnte haben vor allem junge, gut ausgebildete, tatendurstige und optimistische Menschen Branden-

burg verlassen. Neuerdings kehren viele von ihnen nach Brandenburg zurück. Sie sehen wieder eine Zukunft – eine Zukunft hier bei uns im Land Brandenburg. Sie sehen, dass hier bei uns ein dynamisches Land mit guten Lebensbedingungen entstanden ist. Zudem sehnen sie sich teilweise – auch das ist die Wahrheit – nach Identität und Heimat.

Na klar, wir brauchen diese Rückkehrer als Fachkräfte. Wir brauchen auch möglichst viele von all den anderen Menschen, die bei uns in Brandenburg eine neue Heimat finden. Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Entscheidend ist: All diese Rückkehrer und auch die Neu-Brandenburgerinnen und -Brandenburger zeigen uns, dass wir gemeinsam auf dem richtigen Weg sind, sonst würden sie wohl kaum zu uns kommen. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass sie sich hier wohlfühlen und dann auch hierbleiben!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Unser Weg für Brandenburg ist Stärke durch Gemeinsinn, durch Erneuerung, durch Zusammenhalt, durch Solidarität, soziale Gerechtigkeit und durch Toleranz. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Brandenburgerinnen und Brandenburger füreinander da sind, sucht ihresgleichen. Erst in diesem Sommer wieder hat das Hochwasser gezeigt, wie überwältigend der gelebte Gemeinsinn in unserem Land Brandenburg ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gemeinsinn macht viel Mut für die Meisterei der Schwierigkeiten in der Zukunft.

Dem Brandenburger Landtag gehöre ich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten an. Wir haben in diesem Parlament schwierige Debatten geführt, wir haben heftig gestritten und wir haben um die beste Lösung für unser Land miteinander gerungen – natürlich im übertragenen Sinne in Wortgefechten. Heute wünsche ich mir, dass wir gemeinsam alles daransetzen, unser Land voranzubringen, und zwar mit Leidenschaft und Augenmaß sowie mit guter und kollegialer Zusammenarbeit im Brandenburger Landtag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu reiche ich Ihnen meine Hand. – Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.

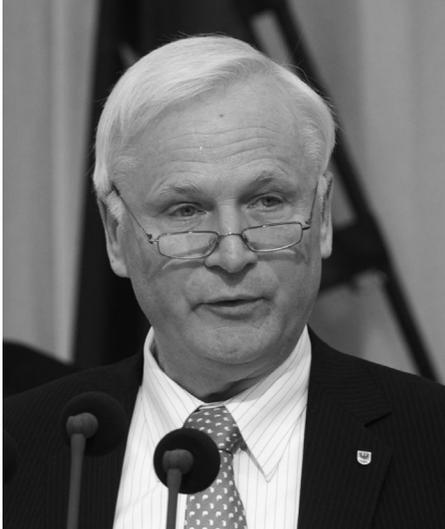
(Anhaltender Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE, von der Regierungsbank sowie des Abgeordneten Dr. Hoffmann [fraktionslos])

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Ministerpräsident. – Das Wort erhält nun Herr Dombrowski für die CDU-Fraktion.

Dieter Dombrowski

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Dieter Dombrowski

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir – bevor ich zur Regierungserklärung komme –, etwas zum persönlichen Wort unseres Ministerpräsidenten bezüglich des Syrien-Konflikts zu sagen. Meine Damen und Herren, wir sind zwar für Außenpolitik nicht zuständig, dennoch darf jeder eine Meinung haben. Ich denke, es eint uns alle, dass wir uns auch für diese Region eine friedliche Lösung wünschen.

(Beifall CDU, FDP, SPD und DIE LINKE)

Es sollte uns auch einen, nicht nur das Mitgefühl zu empfinden, das beim Sehen der Nachrichten aufkommt, sondern ein tätiges Mitgefühl für Menschen zu empfinden, die unschuldig in Not geraten sind, und zwar für die fast 4 Millionen Syrer, die auf der Flucht sind – 5 000 von ihnen werden nach Deutschland kommen –, und die damit verbundenen zahlreichen Schicksale.

Meine Damen und Herren, vorgestern habe ich in der Charité mit einem 13-jährigen Flüchtlingskind aus Syrien gesprochen, das um sein Leben ringt und mit ihm die Ärzte. Wenn man in die hoffnungsvollen Augen schaut und

bangt, dass man das Kind möglicherweise verlieren wird, dann ist das, was wir hier bewegen, in einem völlig anderen Licht zu sehen. Es hat dann eine völlig andere Bedeutung. Insofern fordere ich Sie alle auf: Seien Sie mit tätigem Mitgefühl dabei, diesen Menschen zu helfen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manche Dinge sind grundsätzlich und entziehen sich auch unserer politischen Entscheidungskompetenz. Das betrifft insbesondere die Gesundheit und die individuelle Belastbarkeit eines jeden Menschen – auch eines Ministerpräsidenten. Deshalb kann die CDU-Fraktion die Gründe für den Rücktritt von Matthias Platzeck von seinem Amt als Ministerpräsident und von anderen Ämtern sehr gut nachvollziehen. Wir haben seine Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Bei aller Kritik, dem teilweise intensiv geführten Wettbewerb um politische Entscheidungen und dem Aufzeigen von be-

gangenen Fehlern – diese kommen nun einmal im Leben vor – verdienen Sie, Herr Platzeck, Anerkennung für Ihre langjährige Tätigkeit als Minister und Ministerpräsident unseres Landes Brandenburg.

(Allgemeiner Beifall)

Um es preußisch kurz und knapp zu sagen: Abgeordnete und Regierungsglieder werden in ihre Ämter gewählt und im Übrigen auch dafür bezahlt. Es ist unsere Pflicht, die Arbeit genauso fleißig und gewissenhaft zu erledigen, wie es jeder Bauarbeiter, jede Krankenschwester, wie es jeder Bürger in seinem Beruf tut. Keiner von uns leistet Übermenschliches, denn wir Politiker sind auch nur Menschen mit Stärken und Schwächen – dazu sollten wir auch stehen.

Übrigens, Herr Kollege Platzeck – so kann ich Sie ja nun ansprechen –, habe ich gelesen, dass Sie sich für Ihre Abgeordnetentätigkeit auf 40 bis 50 Stunden eingerichtet haben. Sie werden sehr schnell neue Erfahrungen machen. Ich kenne keinen Abgeordneten, der mit 40 bis 50 Stunden Arbeit in der Woche auskommt.

(Allgemeiner Beifall)

Dem neuen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke gratuliere ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion zu seiner Wahl. Auch wenn er nicht mit unseren Stimmen gewählt wurde,

(Allgemeine Heiterkeit – Frau Lehmann [SPD]: Weiß man nicht!)

so ist er doch auch unser Ministerpräsident. – Na, wenn Sie es besser wissen, dann sagen Sie es mal!

Er ist auch unser Ministerpräsident, er führt unsere Landesregierung und vertritt Brandenburg nach außen. Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass Sie nicht das Gerede Ihres Vorgängers wiederholen, der immer von „Ihrer“ Bundesregierung sprach, nämlich der in Berlin von der CDU/CSU geführten. Wie wir als CDU sagen, dass Sie unser Ministerpräsident sind, so ist Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin,

(Zuruf von der CDU: Eine Gute!)

auch für die Menschen hier im Land.

(Beifall CDU)

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es den beiden bisherigen Ministerpräsidenten gelungen, das Gefühl zu vermitteln, Ministerpräsident aller Brandenburger zu sein. Es ist aber nicht nur wichtig, dass sich die Bürger vertreten fühlen, sondern dass ihre Interessen tatsächlich und mit Erfolg vertreten werden. In den letzten vier Jahren hat dieses Prinzip nicht mehr so recht funktioniert. Das zeigen – auch heute – die Demonstrationen, der Protest und die Widerstände, beispielsweise beim Flughafen BER, in der Bildung oder gegen die Polizeireform. Ich erinnere auch an die Anzeigenkampagne der gesamten – ich wiederhole: der gesamten – Brandenburger Wirtschaft gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der Regierung Platzeck.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, etwas mehr als ein Jahr dauert es bis zur nächsten Landtagswahl, aber es gibt

wahrlich noch viel zu tun. Nach elf Jahren Ministerpräsident Matthias Platzeck und vier Jahren rot-roter Koalition ist eine grundlegende Inventur der Landespolitik dringend notwendig. Herr Platzeck hat viele Baustellen und Ankündigungen offengelassen; hier nur einige Beispiele:

2009 verkündete er, dass es bei der Versorgung mit schnellem Internet im Land bis zum Ende desselben Jahres nahezu keine weißen Flecken mehr geben sollte. Wirklich nah ist man diesem Ziel auch vier Jahre später nicht gekommen. Beim Dauerthema Flughafen BER sind nicht nur der Eröffnungstermin, sondern auch die Kosten und wirtschaftlichen Perspektiven völlig offen. Ich erinnere an das Volksbegehren, das von der rot-roten Koalition mit großem Tamtam angenommen wurde. Ministerpräsident Platzeck wurde konkret beauftragt, mit Berlin über ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zu verhandeln. Nach einem halben Jahr gibt es – wie von uns und vielen anderen erwartet – überhaupt keinen Fortschritt; aber das war vielleicht auch nie anders geplant.

Auch die Verockerung, die braune Spree hatte der bisherige Ministerpräsident zur Chefsache erklärt und Lösungen versprochen. Einiges wurde in Gang gesetzt, aber diese Aufgabe ist ein langfristiges Projekt,

(Eben! bei der SPD)

das dauerhaft bearbeitet werden muss. Ich bin aber guter Hoffnung, dass Dietmar Woidke als Lausitzer am Ball bleibt.

Jedoch müssen nicht nur offene Versprechen von Herrn Platzeck be-

arbeitet werden. In fast jedem Politikfeld gibt es Herausforderungen, Probleme oder Entscheidungsbedarf. Diese Regierungskoalition hat Brandenburg kaum gestaltet und schlecht verwaltet. Die Regierungsarbeit war eher Krisenmanagement und die Koalition im Land gleicht einem Ehepaar im Trennungsjahr.

(Gelächter bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE – Beifall CDU)

Bei vielen wichtigen Fragen fanden und finden SPD und Linke keine gemeinsame Linie. Wesentliche Entscheidungen werden verschoben oder gar nicht thematisiert, zum Beispiel die Zukunft der Braunkohle, die konkrete Umsetzung der Inklusion oder die Haushaltskonsolidierung. Aus dieser Situation heraus ist vieles auf der Strecke geblieben.

Im Bereich der Bildung irrt Frau Münch zwischen ihrer Wunschvorstellung einer umfassenden Inklusion und der harten Realität schlechter Platzierungen der Brandenburger Schüler im bundesweiten Leistungsvergleich umher. Laut Koalitionsvertrag und vieler Erklärungen sollte Bildung Priorität genießen – aber in der Praxis überlässt es die Ministerin dem Zufallsprinzip, ob in der Grundschule vernünftig Lesen und Schreiben gelehrt oder Rechtschreibung als Selbstfindungsexperiment angesehen wird.

(Beifall CDU und FDP)

Man kann sicherlich über die richtigen Maßnahmen in der Bildung diskutieren, aber eines ist völlig klar: Unsere Kinder müssen in der Schule lernen, wie

korrekt geschrieben, gelesen und gerechnet wird. Die Brandenburger wollen keine Experimente wie zum Beispiel die Methode „Lesen durch Schreiben“. Sie wollen guten und verlässlichen Unterricht für ihre Kinder.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Büttner [FDP])

Ein wesentliches Problem ist auch der Unterrichtsausfall. Fast 450 000 Stunden werden jährlich nicht bzw. nicht so erteilt wie geplant, weil durchschnittlich 6 % der Lehrer krank sind, aber nur 3 % als Puffer bereitstehen. Dass die Landesregierung nun einen CDU-Vorschlag aufgreift und die Vertretungsreserve erhöht, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch zu wenig. Auch heute wurden von Ihnen, Herr Ministerpräsident, neu eingestellte Lehrer als zusätzliche Lehrer bezeichnet und altersbedingte Abgänge von Lehrkräften nicht berücksichtigt. Dabei gibt es heute im brandenburgischen Bildungssystem 800 Lehrkräfte weniger als zu Beginn dieser Legislaturperiode, und dies – ich betone es –, obwohl die Schülerzahl leicht gestiegen ist. Das ist eine Tatsache; auch hierbei sollten Sie endlich Mut zur Wahrheit haben.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Die große Unzufriedenheit der Lehrer, Eltern und Schüler spiegelt sich in massiven Protesten wider. Im Jahr 2011 demonstrierten Tausende vor dem Landtag und in einem Bildungscamp gegen die Einschnitte bei den freien Schulen. Im November des letzten Jahres haben 11 000 Lehrer ihren Unmut

in noch nie dagewesenen Personalversammlungen zum Ausdruck gebracht.

Neben den Schulproblemen ist es auch so, dass an den Hochschulen viel Vertrauen zerstört wurde. Auch hier hat Frau Münch – damals noch als Wissenschaftsministerin – Versprechen und Verträge gebrochen. 10 Millionen Euro, die für wichtige Projekte und Profilierungen der Hochschulen gedacht waren, wurden einkassiert. Darüber hinaus müssen die Hochschulen seit 2011 jedes Jahr 12 Millionen Euro einsparen. Herr Ministerpräsident, ich hätte mir gewünscht, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung mehr – oder überhaupt etwas – zur Hochschullandschaft in Brandenburg gesagt hätten, außer der Bemerkung, dass hier alles zum Besten bestellt sei.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Frau Ministerin Kunst setzt diesen Kurs beharrlich fort und hat über die Köpfe der Betroffenen hinweg die Zwangsfusion der Lausitzer Hochschulen verordnet. Das vollmundige Versprechen des Koalitionsvertrages, die Hochschulen zu stärken, steht also im krassen Widerspruch zur bisherigen Politik der Landesregierung.

(Beifall CDU)

Wie steht es eigentlich um Recht und Ordnung im Land?

(Oh! bei der SPD)

Zwar wurde die ursprüngliche Polizeiabbaureform immer mehr zurückgenommen; das ändert aber nichts daran, dass es noch immer kein nachhaltiges

Konzept gibt, um die Grenzkriminalität, die Wohnungseinbrüche und Autodiebstähle in den Griff zu bekommen. Und um vermeintlichen Argumenten meiner Nachredner zuvorzukommen: Ja, auch der ehemalige Innenminister Jörg Schönbohm hat die Entwicklung an der polnischen Grenze unterschätzt und falsch eingeschätzt. Dies ist aber kein Grund, weiterzumachen wie bisher. Handeln ist so gefragt, wie sich die Dinge entwickeln.

(Beifall CDU)

Es hört sich gut an, wenn der neue Ministerpräsident erklärt, dass die innere Sicherheit für ihn ein zentrales Anliegen bleibt. Er hat nun alle Möglichkeiten, die Polizei zu stärken und damit die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern. Ich möchte auf das Konzept der CDU-Fraktion verweisen. Darin haben wir schon vor fast drei Jahren konkrete Maßnahmen und Vorschläge unterbreitet – kommen Sie also bitte nicht damit, dass die CDU immer nur kritisiere und keine Vorschläge habe. Sie haben unseren Vorschlag abgelehnt.

(Beifall CDU)

Aber nicht nur bei der Polizei, sondern auch im Justizbereich besteht großer Handlungsbedarf. Gerichtsverfahren dauern in Brandenburg nach wie vor viel länger als in jedem anderen Bundesland. Auch hier kann und darf nicht am Personal gespart werden, denn es handelt sich um eine Kernaufgabe des Staates.

(Jürgens [DIE LINKE]: Neueinstellungen!)

Die Kernaufgaben des Staates – das ist das, worauf wir uns zuallererst konzentrieren sollten, nicht aber auf Spielplätze politischer Art. Ich möchte es an dieser Stelle so deutlich sagen: Wer sich Schüler-BAföG, Mobilitäts ticket und staatliche Beschäftigungsprogramme leistet, der muss auch die Kritik akzeptieren, dass an zentralen Stellen das Geld für notwendiges Personal fehlt.

(Beifall CDU)

Darüber hinaus ist es beunruhigend, wie derzeit in Brandenburg der Strafvollzug gehandhabt wird.

(Beifall CDU)

Dass Horst Mahler, ein mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilter Häftling, in der Justizvollzugsanstalt einen Computer erhält, um damit antisemitische Schriften verfassen zu können, ist ein Skandal!

(Lebhafter Beifall CDU)

Dieser täterfreundliche Strafvollzug des Justizministers Schöneburg ist nicht länger hinnehmbar.

(Beifall CDU – Widerspruch bei den Linken – Bischoff [SPD]: Reden wir mal über Schelter!)

Herr Ministerpräsident, nutzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz, um den falschen Kurs in der Justizpolitik zu korrigieren!

(Beifall CDU)

Wenn Kollege Bischoff „Schelter“ einwirft – Herr Schelter ist der ehemali-

ge Justizminister –, dann sage ich: Es ist gut, dass dieser Einwurf gekommen ist. Bei allem, was Herr Schelter vielleicht falsch gemacht hat, bleibt es doch bei der Feststellung, dass er Brandenburgs Gefängnisse sicher gemacht hat. Erinnern Sie sich noch an das „Reisebüro Bräutigam“?

(Beifall CDU – Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE – Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie sollten Ihren Ausschussvorsitzenden zum Rapport bestellen, damit Sie wissen, was Phase ist!)

Auch was den Zustand der Landesstraßen angeht, herrscht dringender Handlungsbedarf. Im Vergleich zum Jahr 2009 werden im Jahr 2014 für den Straßenbau satte 80 % weniger – 20 Millionen Euro statt 100 Millionen Euro – bereitgestellt. Die Auswirkungen sieht und spürt man überall im Land.

Unseren Antrag auf Verbesserung der Finanzausstattung haben Sie gestern abgelehnt – ohne eigene Alternative. Dennoch erklärte Verkehrsminister Vogelsänger gestern im Landtag, dass das ideologische Motiv „Bildung statt Beton“ endgültig überwunden sei. Wenn ich aber Interviews von Finanzminister Markov lese, komme ich zu dem Ergebnis, dass die Linke das offenkundig anders sieht. Auch hier ist die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten gefragt und gefordert.

(Beifall CDU)

In den kommenden Jahren werden immer weniger Mittel von der Europäischen Union und dem Bund nach

Brandenburg fließen. Deshalb geht es in den nächsten Monaten und Jahren darum, die Förderpolitik so auszurichten, dass sich bis zum Jahr 2020 eine weitgehend selbsttragende Wirtschaftsstruktur entwickelt, die ohne Subventionen auskommt. Vor allem muss die Exportfähigkeit unserer Wirtschaft steigen. Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen, beispielsweise eine ordentliche Breitbandversorgung – ich erwähnte es vorhin schon –, eine leistungsfähige Infrastruktur und vernünftige Energiepreise für die Unternehmen wie für die Bürger. Dafür braucht es eine seriöse Energiepolitik, die nicht nur nach Leitsternen greift, sondern auch Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet. Da reicht es nicht aus, immer nach Berlin zu verweisen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das wäre der erste Schritt!)

Jedes Bundesland hat seine Aufgaben. Diese sollte jedes Bundesland auch lösen. Wenn ein Bundesland bei der Erfüllung eigener Aufgaben immer auf andere verweist, dann muss ich die Politik in diesem Bundesland infrage stellen und nicht die Politik anderswo. Von daher fordere ich Sie auf: Konzentrieren Sie sich einfach auf die Aufgaben, für deren Erledigung Sie gewählt und bestimmt worden sind! Dann wird es auch in diesem Bereich vorwärtsgehen. Dazu gehört, wie gesagt, auch eine akzeptierte Energiepolitik hier im Land.

(Görke [DIE LINKE]: Dann mal los! Das wird ja lustig!)

Grundsätzlich gilt: Eine vernünftige Politik muss die Wirtschaft fördern und darf sie nicht mit zusätzlichen Belastungen bremsen. Ideologische Experimente wie ein Vergabegesetz, öffentlicher Beschäftigungssektor und Ausweitung der Staatswirtschaft...

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist doch unglaublich! – Domres [DIE LINKE]: Bayern hat auch ein Vergabegesetz!)

Ich wiederhole es gern: Ideologische Experimente wie ein Vergabegesetz, öffentlicher Beschäftigungssektor und Ausweitung der Staatswirtschaft gehören korrigiert, da sie Handwerk und Mittelstand unnötig belasten.

(Beifall CDU und FDP – Frau Mächtig [DIE LINKE]: Merken Sie denn überhaupt noch etwas?)

– Frau Kollegin, wenn Sie mir zuzuhören: „Merken Sie denn überhaupt noch etwas?“, dann gebe ich diese Frage zurück. Ich habe schon vorhin gesagt, dass sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung widersprochen hat. Einerseits spricht er vom Mittelstand als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft, andererseits verkauft er die Erweiterung der Tätigkeit der Kommunen als Erfolg. Wenn die gesamte Brandenburger Wirtschaft, von der Industrie über das Handwerk bis hin zum Tourismus, ganzseitige Anzeigen schaltet, um das, was Sie von Rot-Rot für einen Erfolg halten, als wirtschaftsfeindliche Politik abzulehnen, dann frage ich Sie: Merken Sie denn überhaupt noch etwas?

(Beifall CDU)

Wenn wir als CDU-Fraktion hier nur Parteiinteressen wahrnehmen wollten, könnten wir sagen: „Machen Sie doch weiter so!“ Auch Sie haben hoffentlich mitbekommen, dass die Bürger über Politik urteilen. So gut schneidet das, was Rot-Rot in Brandenburg seit Jahren als Leistung vorweisen möchte, nicht ab.

Im Interesse Brandenburgs wünsche ich mir, dass Sie ebenso wie bei der Vertretungsreserve für die Lehrer auch einmal das bedenken, was die Opposition im Plenum und in den Ausschüssen in aller Sachlichkeit vorträgt, und prüfen, ob nicht vielleicht doch jemand von der Opposition Recht haben könnte. Es ist nicht so, dass die Regierung immer Unrecht und die Opposition immer Recht hat. Aber so, wie Sie sich verhalten – die Opposition hat immer Unrecht –, geht es nicht.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das stimmt doch gar nicht! – Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist wider besseres Wissen!)

Das geht nämlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Beifall CDU)

Uns geht es nicht um billige Polemik, sondern darum, dass Sie das, was von der Brandenburger Wirtschaft an belastbaren Fakten vorgetragen und in ganzseitigen Anzeigen öffentlich gemacht wird, zur Kenntnis nehmen. Sie sollten zumindest bedenken, ob das, was Sie als Erfolg verkaufen wollen, wirklich ein Erfolg ist. Daran haben wir erhebliche Zweifel.

Meine Damen und Herren! Auch die Aufteilung des Landes in zwei Fördergebiete und die Überdimensionierung der Kläranlagen gehören zu den millionenschweren Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen bzw. Versäumnissen ehemaliger Landesregierungen, konkret: auch des ehemaligen Umweltministers und späteren Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Herr Kollege Platzeck, Sie haben das Land nicht mit Absicht, aber im Ergebnis politischen Handelns bzw. von Unterlassungen um mehrere Hundert Millionen Euro und die betroffenen Bürger um ihr Erspartes und ihren Schlaf gebracht.

(Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie jetzt „Oh!“ sagen und fragen, was denn Herr Platzeck mit den Kläranlagen zu tun habe, dann sage ich: Er weiß das natürlich, denn er war erster Umweltminister in unserem Land. Alle, die damals eine Förderung für abwassertechnische Anlagen erhalten wollten, mussten zur Bauprüfstelle im Landesumweltamt, das sich damals an der Nuthe-Schnellstraße befand. Dort wurden die Planungen eingereicht, und die Fachleute des Hauses haben Ingenieure und Kommunen darauf hingewiesen, welche DIN-Normen einzuhalten seien – natürlich die westdeutschen DIN-Normen – und dass die TA-Siedlungsabfall zu beachten sei. Dann wurden die Anlagen einfach größer, weil es anderenfalls keine Fördermittel gegeben hätte. So einfach war das. Es hat ein paar Jahre gedauert, bis man verstanden hat, dass die Anwendung dieser Normen vielleicht

doch nicht richtig war, weil sich schon damals eine bestimmte demografische Entwicklung in Brandenburg abzeichnete.

Ich sage nicht, dass das Absicht war. Aber es muss gesagt werden, dass dann, wenn jemand ein so wichtiges Amt innehat, nicht nur Licht und Erfolge, sondern auch Schatten und Misserfolge da sind.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist das Leben!)

Das gehört zum Leben, und das darf gesagt werden.

(Beifall CDU)

Es ist dringend erforderlich, dass ein Brandenburger Ministerpräsident auch Präsenz bei den europäischen Institutionen zeigt. Herr Ministerpräsident Woidke hat das schon angekündigt, und das finde ich gut. Er sollte oft dort sein. Brüssel ist nicht nur eine Reise wert, weil es dort lecker zu essen gibt, sondern auch deshalb, weil man wichtige Kontakte knüpfen kann. Die Interessen eines Bundeslandes kann man nirgendwo besser vertreten als im Kern des europäischen Politikgeschäfts. Von daher sage ich: So oft, wie Sie nach Brüssel reisen, so oft werden wir uns freuen, dass Sie die Interessen unseres Landes dort wahrnehmen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Kontakte, deren Aufbau Sie angekündigt haben, so intensiv zu pflegen, wie es Ihre Kollegen Tillich und Lieberknecht, aber auch andere Landespolitiker tun.

Meine Damen und Herren! Gerade zwei Monate ist es her, dass ein er-

neutes Jahrhunderthochwasser große Schäden in der Bundesrepublik anrichtete. Durch den unermüdlichen Einsatz vieler Helfer und eine gehörige Portion Glück blieben zwar viele Städte und Gemeinden in Brandenburg von Katastrophen verschont; aber dieses Hochwasser hat auch deutlich gezeigt, dass immer noch enormer Handlungsbedarf, insbesondere an mittleren Fließgewässern wie Schwarzer Elster, Pulsnitz, Spree und Havel besteht.

Die Umweltministerin muss endlich konkrete Vorschläge unterbreiten, wie der technische und vorbeugende Hochwasserschutz in Zukunft ausgestaltet werden soll. Es reicht nicht, wenn man als Fachministerin nur immer auf den Bund verweist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass die Umweltpolitik des Landes – genauso wie die Bildungspolitik – in Gänze zwingend eine sachkundige und ordnende Hand braucht.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Die medizinische Versorgung, insbesondere auf dem Land, ist ein gravierendes Problem, und der Ärztemangel wird künftig weiter zunehmen. Unser Vorschlag, ein Stipendiensystem für Medizinstudenten einzuführen, das im Übrigen im Landkreis Elbe-Elster und im Freistaat Sachsen bestens funktioniert,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

wurde gleich zu Beginn der Wahlperiode von der Regierungskoalition abgelehnt. Bis heute gibt es aber keine andere Initiative.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das können Sie ja nachher noch sagen. – Interessant ist dabei, dass für Ingenieure ein vergleichbares Stipendium vom Land angeboten wird – für angehende Ärzte aber nicht. Vielleicht überlegt sich das neue Kabinett unseren Vorschlag noch einmal. Es wäre im Sinne vieler Brandenburger. Ein Problem mag darin bestehen, dass gerade bei der Ärzteausbildung die lange Studienzzeit – zusammen mit der Fachärzteausbildung kommen da zehn Jahre zusammen – den Vorstellungs- und Gestaltungshorizont von Politikern übersteigt.

(Frau Lehmann [SPD]: Das soll es geben!)

Aber, meine Damen und Herren: So geht das nicht. Die Politik, die wir hoffentlich gemeinsam gestalten, kann nicht von Wahlperioden abhängig sein. Sie muss weit darüber hinausgehen. Von daher bitte ich Sie: Denken Sie auch darüber nach, ob wir nicht jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern in dem Bereich einen Anreiz geben können, hier im Land zu bleiben, wenn sie ihr Medizinstudium hinter sich gebracht haben.

(Beifall CDU)

Ein weiteres drängendes Problem erwächst aus den steigenden Flüchtlingszahlen. Nicht nur die Unterbringung, sondern auch die soziale Integration, vor allem die der Kinder, die zur Schule gehen und dort etwas lernen sollen, ist eine

große Herausforderung. Ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen.

Dass es so viele ungeklärte Fragen und offene Probleme gibt, bedeutet nicht, dass es Brandenburg schlecht geht. Das behaupten wir auch nicht. Wenn unsere Kritik und unsere Hinweise so gewertet werden, dass wir Brandenburg schlechttreden wollten, dann ist das ein Stück weit denunziatorisch. Wir tragen für dieses Land genauso viel Verantwortung wie jede andere Fraktion auch.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Ich sagte, dass hinter der Benennung von ungeklärten Fragen und offenen Problemen nicht die Behauptung steht, dass es Brandenburg schlecht gehe. Im Gegenteil: Gerade, weil es momentan sehr gute Rahmenbedingungen für ein stabiles Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen oder unerwartet hohe Steuereinnahmen gibt, müssen jetzt aus einer Position der Stärke heraus die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt werden.

(Frau Lehmann [SPD]: Na denn!)

Auch die CDU kann nicht zaubern, aber wir können arbeiten. Wir müssen gemeinsam Prioritäten setzen und den Menschen im Land ehrlich sagen, was geht und was nicht geht.

(Vereinzelt Beifall CDU – Frau Lehmann [SPD]: Was?)

– Ja, Frau Kollegin, den Menschen im Lande ehrlich sagen, was geht und was nicht geht, und nicht so tun, als würde alles irgendwie weitergehen, da-

bei streichen und allen sagen: Eigentlich wird es mehr. – Das ist keine Ehrlichkeit. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD)

Der neue Ministerpräsident, Dietmar Woidke, hat die Chance – dazu ermutige ich ihn ausdrücklich – zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Ich hoffe und wünsche, dass er mit seiner sachlichen Art die vielen Baustellen analysiert, bewertet und entsprechend handelt. Es ist daher der richtige Weg, wenn Ministerpräsident Woidke letzte Woche in einem Interview sagte:

„Es reicht nicht abzuwarten, dass sich Probleme von selbst lösen.“

Ja, warum sagt er das wohl? Er hat ja Vergangenheit bewertet und die Aufgaben für die Zukunft dargestellt. Machen Sie sich einmal selbstkritisch Gedanken darüber, was er wohl gemeint haben könnte.

(Frau Lehmann [SPD]: Also wir wissen das!)

Ein erster Schritt ist deshalb, Probleme zu erkennen. Die bisher praktizierte Methode, ein Problem zu ignorieren, sobald es von der Opposition angesprochen wird, führt nicht zum Ziel. Wir, die Opposition, tragen genauso viel Verantwortung für Brandenburg wie Sie, die Regierung und die Regierungsfraktionen. Dieses Land gehört keiner Partei, sondern den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall CDU – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ministerpräsident Woidke hat auch gesagt, dass er seine eigene Furche

durchs Land ziehen möchte. Wir haben einen Berg an Aufgaben, den es abzutragen gilt. Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, Sie werden die angekündigte Furche nicht um diesen Berg herumziehen, sondern mittenhindurch.

(Beifall CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der neue Ministerpräsident seine Ankündigungen wahrmacht, werden wir ihn bei der Lösung der Probleme Brandenburgs unterstützen. Aber wir bleiben kritisch und werden genau kontrollieren. Die CDU-Fraktion wird ihre konstruktive Oppositionsarbeit fortsetzen.

(Frau Lehmann [SPD]: Oh je!)

– Wenn Sie „oh je“ sagen, nehme ich das gern auf, weil ich ja heute noch reichlich Zeit habe, denn die erste Aufgabe hat der Ministerpräsident nicht geschafft: nämlich, seine Redezeit einzuhalten, und das zugunsten der nachfolgenden Redner. Aber wenn Sie „oh je“ sagen, sage ich: Wenn Sie meinen, Frau Kollegin, dass die Opposition immer Unrecht hat – ich habe es vorhin schon einmal gesagt –

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

und das, was die Opposition sagt, immer Unsinn ist, dann sehen Sie die Dinge falsch. – Im Übrigen, Frau Kollegin, kommt es uns auch nicht darauf an, Sie zu bekehren. Darum geht es nicht. Wenn ich hier zu Ihnen spreche – das darf ich ja heute einmal –, dann hören Sie mir zu, weil Sie Abgeordnete sind und hier sitzen, aber eigentlich richten sich un-

sere Worte – jedenfalls die Worte meiner Fraktion – an die Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Beifall CDU – Zuruf von der SPD: Oh ja!)

Das sind diejenigen, für die wir hier sitzen, für die wir uns Mühe geben, für die wir arbeiten, nicht nur 40 Stunden die Woche, sondern auch 80 Stunden. Wir machen das gern und freiwillig; dafür muss sich niemand bei uns bedanken. Von daher: Nehmen Sie das bitte ernst! Uns geht es darum, dass die Bürger verstehen, was wir hier tun bzw. was wir machen, was wir richtig machen und was wir falsch machen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie der Meinung sind, Sie machen das alles richtig, dann ist das ja schön, dann freue ich mich für Sie, dann haben Sie ein gutes Gefühl. Und wenn wir den Eindruck haben, dass die Bürger das, was wir machen, als Opposition, als CDU-Fraktion, für richtig halten, dann freuen wir uns auch. Wenn jeder zufrieden ist, sind wir alle glücklich hier im Saal

(Vereinzelt Beifall CDU – Frau Lehmann [SPD]: Na, sehen Sie mal!)

und hoffen, dass die Bürger, wenn Wahltag ist – sei es zur Bundestagswahl oder zur Landtagswahl oder zu anderen Wahlen –, unsere Arbeit bewerten. Da gibt es ja auch Hinweise, was die Bürger verstehen und was ihnen vielleicht eher ein wenig unklar geblieben ist – zum Beispiel Ihre Politik.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, die CDU-Fraktion wird ihre konstruktive Oppositionsarbeit fortsetzen. Dietmar Woidke übernimmt keine Aufgabe als Verwalter der rot-roten Restlaufzeit. Er ist nun Ministerpräsident. Er muss Entscheidungen treffen. Er gibt die Richtlinien der Politik in Brandenburg vor. Wie wichtig gerade jetzt mutige und weitsichtige Schritte sind, zeigt der Blick auf das Jahr 2020. Ich gebe zu, das mag für manchen noch weit entfernt sein. Aber im Prinzip trennt uns nur noch eine Wahlperiode von dieser Zielmarke.

Wir wissen, dass die Schuldenbremse 2020 Nettokreditaufnahmen der Länder verbietet. Wir wissen, dass im Jahre 2020 keine Mittel mehr aus dem Solidarpakt kommen. Wir wissen, dass 2020 ca. 7 % weniger Bürger in unserem Bundesland leben werden und sich der Bevölkerungsverlust dann noch beschleunigt. Die Zinsen für unsere Schulden werden nicht auf dem jetzigen Tiefstand bleiben. Wirtschaft und Konjunktur – und damit die Steuereinnahmen – werden sich nicht immer nur positiv entwickeln. Auch wenn die Landesregierung nur noch ein Jahr im Amt ist, hat sie im Wissen um diese feststehenden Eckwerte eine langfristige Verantwortung, die über den nächsten Wahltag hinausgeht.

Am 6. Dezember 2013 ist nicht nur Nikolaustag, sondern dann werden die ersten 100 Tage mit Dietmar Woidke als Ministerpräsident vorüber sein. Ich hoffe, dass dann auch schon gute Entscheidungen gefallen sind, richtige Weichen gestellt wurden und der neue Mi-

nisterpräsident seinen Worten Taten folgen lassen hat.

Herr Ministerpräsident Woidke, nutzen Sie die Gestaltungsmöglichkeit Ihres neuen Amtes! Brandenburg ist ein schönes Land mit vielen Möglichkeiten und fleißigen Menschen. Es lohnt sich, dafür zu arbeiten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. – Das Wort erhält jetzt die SPD-Fraktion. Herr Ness, bitte.

Klaus Ness

Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ehe ich mit meinem eigentlichen Redetext beginne, will ich die Gelegenheit wahrnehmen, zwei, drei Sätze zu meinem Vorredner zu sagen. Ich finde, Herr Dombrowski, Sie haben sehr angemessene Worte zum aktuellen Konflikt in Syrien gefunden. Ich fand auch Ihre Worte sehr treffend, die Sie zu Beginn Ihrer Rede zu Matthias Platzeck gefunden haben. Aber dann haben Sie zum Schluss gesagt, Sie hätten nicht zum Parlament geredet, Sie redeten zu den Bürgerinnen und Bürgern draußen. Ich glaube die Bürgerinnen und Bürger draußen, jedenfalls die große Mehrheit der 2,4 Millionen Einwohner hier in Brandenburg, wird sich sehr gewundert haben; denn Sie haben ein Land beschrieben, das es so nicht gibt. Wenn Sie sich hier hinstellen und erzählen, dass die Kinder in unseren Schulen nicht lesen und schreiben lernen, dann stimmt das schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall SPD und DIE LINKE und von Ministerin Dr. Münch)

Ich finde, das ist nicht nur eine Beleidigung der Lehrerinnen und Lehrer,



Klaus Ness

sondern ein Zerrbild, das Sie hier zeichnen, das nicht angemessen ist. Nun hat Opposition in der Tat das Recht zu kritisieren, und Sie haben dieses Recht auch ausgiebig wahrgenommen. Aber Sie sollten kein Zerrbild von diesem Land und seinen Menschen zeichnen. Hier in diesem Land wird von vielen Menschen Großes geleistet. Ich glaube, die Stimmung ist anders, als die CDU sie wahrnimmt.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich glaube, das wird sich dann auch an den Wahlergebnissen deutlich zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wir haben gestern einen historischen Tag für unser junges Bundesland erlebt. Erst zum zweiten Mal in der Geschichte des neuen Brandenburg wurde der Staffelpstab des Regierungschefs an ei-

nen Nachfolger weitergegeben. Nach Manfred Stolpe und Matthias Platzeck ist Dietmar Woidke jetzt der dritte Ministerpräsident unseres Landes. Ich will es gleich am Anfang sagen: Die Brandenburger SPD und auch meine Fraktion werden dafür kämpfen, dass Dietmar Woidke mindestens ebenso lange in seinem Amt sein wird, wie seine Vorgänger es waren.

(Beifall SPD)

Dass es nach 23 Jahren erst den dritten Ministerpräsidenten in diesem Bundesland gibt, zeigt, in welcher Kontinuität und Stabilität Brandenburg seit 1990 regiert wird. Ein Blick in andere Bundesländer zeigt uns, dass das absolut keine Selbstverständlichkeit ist. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gab es seit 1990 jeweils vier Ministerpräsidenten.

(Oh! bei der CDU)

In Hamburg und Baden-Württemberg waren es fünf, in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen waren es sogar sechs Ministerpräsidenten. Wir Brandenburger haben zum Glück andere Verhältnisse.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: So sind die Märker!)

Vor allem hatten wir großes Glück mit unseren Landesvätern. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck waren eindrucksvolle Ministerpräsidenten. Manfred Stolpe hat dafür gesorgt, dass unser Land seine Form, seinen Stolz und seine Identität wiedererhält. Er hat Brandenburg mit ruhiger Hand durch

die wahrlich schwierigen Anfangsjahre gesteuert. Matthias Platzeck hat ebenfalls die Transformation in den 90er Jahren mitgestaltet. Als Umweltminister hat er die Großschutzgebiete etabliert, etwas, auf das wir heute zu Recht sehr stolz sind. Er hat für einen neuen Ausgleich zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Arbeitsplätzen gesorgt. In seinen über elf Jahren als Ministerpräsident hat Matthias Platzeck Brandenburg in wirtschaftlich stabile Zeiten geführt. Erinnern wir uns: Im Juli 2005 waren in Brandenburg noch gut 240 000 Menschen ohne Arbeit. Es gab Städte, in denen die Arbeitslosigkeit bei 25 % lag. Die Stimmung im Land war entsprechend. Die Arbeitslosenquote lag damals landesweit bei 18 %. Zu Beginn der jetzigen Großen Koalition aus SPD und Linken im Herbst 2009 waren noch 162 000 Menschen arbeitslos. Im letzten Monat waren es 128 000 Menschen. Heute sind die neuen Arbeitslosenzahlen herausgekommen, wir haben im vierten Monat in Folge eine Arbeitslosigkeit von unter 10 %, genau sind es 9,4 %.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das heißt, es ist uns allen gemeinsam, aber eben auch dieser Landesregierung gelungen, in den letzten acht Jahren die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Das ist ein großer, ich würde sagen, auch historischer Erfolg, den niemand in den Jahren 2004/2005 für möglich gehalten hat. Das hat die Stimmung in diesem Land verändert, und zwar zum Positiven. Deshalb liegen Sie, Herr Dombrowski, deutlich daneben, wenn

Sie davon reden, dass die Stimmung in diesem Land immer schlechter werde.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Also 128000 Arbeitslose, eine Halbierung. Ich will aber nicht falsch verstanden werden, das sind immer noch viel zu viele. Aber die Koalition arbeitet hart daran, dass noch mehr Menschen Arbeit haben, und zwar gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet für uns nicht Niedriglohn, sondern Arbeit mit einem Einkommen, das zum Leben ausreicht. Davon sind wir in weiten Teilen noch sehr weit entfernt. Wir haben als Landesregierung hier schon einen Schritt gemacht, nämlich das eben als „ideologisch“ bezeichnete Vergabegesetz. Ich glaube, das, was Herr Dombrowski da eben gesagt hat, muss man für die Brandenburgerinnen und Brandenburger übersetzen. Diese Landesregierung hat ein Vergabegesetz realisiert, das verlangt, dass es, wenn Kommunen und das Land Aufträge erteilen, beispielsweise für Gartenbauarbeiten, für Wachschutzdienste oder Ähnliches, einen Tarifvertrag gibt oder mindestens demnächst 8,50 Euro Mindestlohn gezahlt werden. Wenn die CDU sagt, das ist ideologisch, dann meint sie damit, sie will diesen Mindestlohn nicht, sie will, dass weiterhin Löhne gezahlt werden,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Dumpinglöhne!)

die unterhalb dieser 8,50 Euro liegen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das heißt das, was Sie gesagt haben, übersetzt.

(Zuruf von der CDU: Dann haben Sie das nicht verstanden! – Homeyer

[CDU]: Dann sind Sie ganz schön verzweifelt!)

– Ich bin überhaupt nicht verzweifelt, ich glaube nur, dass die Leute durch meine Übersetzung gemerkt haben, was Sie wirklich wollen. Sie akzeptieren, dass in diesem Land Löhne in Höhe von 4 Euro oder 5 Euro gezahlt werden.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau! – Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Menschen in diesem Land akzeptieren das schon lange nicht mehr.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie jetzt den Faden verloren?!)

– Nein, ich habe den Faden überhaupt nicht verloren. Ich glaube, dass Sie den Faden schon länger verloren haben, nämlich den Bezug zu den Menschen in diesem Land und den real existierenden sozialen Problemen.

(Oh! bei der CDU – Vereinzelt Beifall SPD)

Heute, wie gesagt, haben wir es erreicht, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten Jahre halbiert worden ist. Das ist ein gigantischer Erfolg, den viele zu verantworten haben.

(Zuruf von der CDU: Die Unternehmer!)

Den nimmt die Landesregierung gar nicht für sich alleine in Anspruch. Natürlich haben Unternehmer ihr Verdienst daran. Daran haben auch die Kommunen Verdienste, der Bund, aber eben auch diese Landesregierung. Wir alle

haben etwas erreicht, wovon in der Mitte des letzten Jahrzehnts kaum jemand zu träumen wagte, nämlich einstellige Arbeitslosenzahlen. Aber wir arbeiten weiter. Wir sind noch nicht am Ziel. Bei uns rückt ein weiteres Ziel immer mehr in den Vordergrund: Wir Sozialdemokraten wollen, dass gute Arbeit auch in Brandenburg endlich gut bezahlt wird. Deshalb bleiben wir bei diesem Vergabegesetz längst nicht stehen, sondern wollen wir einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und ich würde mich sehr freuen, wenn die CDU endlich Ihren Widerstand aufgeben würde und wir das möglich machen können.

Viele Unternehmen in Brandenburg klagen zunehmend über Facharbeitermangel. Herr Dombrowski hat auch darüber gesprochen, und Sie haben Recht damit. Wir werden diesen Facharbeitermangel aber nur bekämpfen können, wenn in Brandenburg endlich auch genauso gute Löhne wie in NRW oder Bayern gezahlt werden. Auch das gehört zur Wirklichkeit dazu.

(Einzelbeifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Einsicht bei unseren Unternehmen wächst. Wer Menschen, die in den 90er Jahren aus Brandenburg in den Westen gegangen sind, zurückgewinnen will, der muss hier ordentliche Löhne zahlen. Ich bin froh, dass wir eine Landesregierung haben, die das erkannt hat. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass unser neuer Ministerpräsident für

starke Gewerkschaften und starke Unternehmerverbände geworben hat. Auch da mein Appell gerade an junge Arbeitnehmer in Brandenburg: Organisiert euch gewerkschaftlich und engagiert euch in Betriebsräten! Wir brauchen eine starke Sozialpartnerschaft. Der Zusammenhang ist ganz einfach: Hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist eine notwendige Voraussetzung für gute Löhne.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir brauchen uns im Land nur umzuschauen: Wo werden gute Löhne gezahlt? Gute Löhne werden gezahlt in den Großbetrieben, wo es auch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gibt, bei BASF in Schwarzheide, bei EKO in Eisenhüttenstadt, in Hennigsdorf, in Schwedt beim PCK und natürlich auch bei Vattenfall. Dort gibt es hohe gewerkschaftliche Organisationsgrade, deshalb werden dort auch hohe Löhne gezahlt. Deshalb kann ich nur appellieren: Geht in die Gewerkschaften, setzt euch dafür ein! Ich appelliere auch an die Unternehmerinnen und Unternehmer: Akzeptiert es, dass Menschen in dieses Land nur zurückkommen, wenn sie hier mindestens genauso viel verdienen wie in Westdeutschland!

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Diejenigen, die in den 90er Jahren gegangen sind – darunter sind viele, die bereit sind, wieder zurückzukommen –, schauen, wenn sie hierher kommen: Finde ich ordentlichen Wohnraum? Ja, den finden sie mittlerweile. Sie schauen: Finde ich eine gute Unterbringung in den

Kitas? Auch das können wir bieten, teilweise besser als in Bayern und Baden-Württemberg. Aber sie gucken dann auch: Was wird gezahlt? Wenn der Unterschied eben noch bei 300, 400, 500 Euro liegt, dann ist die Rückkehrbereitschaft gering. Ich glaube, wenn wir den Facharbeitermangel bekämpfen wollen, müssen wir an dieses Thema dringend heran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Matthias Platzeck hat unser Land 23 Jahre lang geprägt. Er hat allen Landesregierungen angehört, er war länger in der Verantwortung als jeder andere Landespolitiker. Das waren gute Jahre für Brandenburg. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger sehr genau spüren, dass eine erfolgreiche Ära zu Ende gegangen ist. Sie haben Matthias Platzeck viele Worte des Dankes entgegengebracht. Auch ich möchte ihm – ich denke, ich spreche hier für die meisten im Saal – sagen: Danke, Matthias. Es war toll, was du hier für dieses Land geleistet hast. Ich bin im Gegensatz zu Herrn Dombrowski auch stolz darauf, dass du weiterhin in unserer Fraktion bist, dass du weiter mitarbeitest. Wir brauchen deine Erfahrung, wir werden sie wertschätzen. Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser neuer Ministerpräsident hat jetzt die Leitlinien für die kommenden 13 Monate skizziert. Die rot-rote Landesregierung wird ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Wir werden weiterhin unseren Schwerpunkt auf Bildung legen. In dieser Wahlperiode stellen wir so viele Lehrerinnen und Lehrer ein wie noch nie in der Geschichte unseres Landes,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

zum nächsten Schuljahr voraussichtlich allein etwa 1 000 Lehrerinnen und Lehrer. Das ist eine gigantische Zahl. Das einzige, was der Opposition dazu einfällt, ist, dass das nicht genug sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und auch von den anderen Oppositionsfraktionen, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir können uns heute hier auch hinstellen und beschließen: Wir stellen 2 000 oder 5 000 Lehrer ein. Wir werden aber bereits große Probleme haben, die jetzt geplanten 1 000 Lehrer auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Das wird die Hauptauseinandersetzung in den nächsten Jahren sein, dass es einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern um gute Lehrerinnen und Lehrer gibt. Aber wir werden das hier in Brandenburg – dadurch, dass wir für Beamte ein hohes Attraktivitätspotenzial haben – sicher schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Im Übrigen – auch das muss ich der Opposition hier sagen, Herr Senftleben hat sich gerade so aufgeregt –: Wir als Brandenburger tun heute bereits viel mehr als andere um uns herum. Schauen wir doch nur in unser Nachbarland Sachsen – darauf verweist die CDU ja sehr gern –: Sachsen stellt nur halb so

viele Lehrer wie Brandenburg ein, hat aber 30 % mehr Schüler. Das ist eine Wirklichkeit, die wir uns vor Augen halten müssen.

(Zuruf von der CDU: Und PISA?)

In Sachsen regiert die CDU seit 1990. Sie werfen uns vor, wir würden zu wenig Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Wir haben die Einstellungszahlen deutlich gesteigert. Sie schauen aber nicht in Ihr Nachbarland, wo Ihre Parteifreunde eben nicht das tun, was wir hier machen, sondern die dramatische Situation dort weiter verschlechtern.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ehe Sie uns kritisieren, schauen Sie sich lieber an, was Ihre Parteifreunde anderswo machen, und Sie werden feststellen: Diese Landesregierung muss sich wahrlich nicht verstecken.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben im Bildungsbereich noch mehr gemacht. Wir wissen nämlich, dass der Altersdurchschnitt unserer Lehrerinnen und Lehrer sehr hoch ist. Deshalb haben wir Lehrereinstellungen vorgezogen, deshalb haben wir auch mit den Gewerkschaften – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – erst kürzlich ein Paket verabredet, das älteren Lehrern die Arbeit erleichtert und mehr jüngere Lehrer an die Schulen holt.

Das ist bei den Lehrerinnen und Lehrern sehr gut angekommen. Es war ein vernünftiges Ergebnis, das wir gemeinsam mit den Gewerkschaften erreicht haben, dass wir einen Teil der Gehaltserhöhungen für Angestellte nicht für die Beamten übernommen, sondern es

solidarisch umverteilt haben, mit dem Ergebnis, dass ältere Lehrerinnen und Lehrer künftig bis zu zwei Stunden weniger arbeiten müssen. Und wir garantieren dafür, dass zusätzlich neue, junge Lehrer eingestellt werden. Das ist ein tolles Beispiel dafür, wie man solidarische Arbeitszeitpolitik organisieren kann,

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

wodurch junge Leute in den Schuldienst hineinkommen und ältere Kolleginnen und Kollegen entlastet werden. Dann ist auch die Rente mit 67 – eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit – verkraftbar, wenn man Erleichterungen schafft.

(Zurufe von der CDU)

Das haben wir gemacht, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Rot-Rot vernünftige Politik macht.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die heutige Ankündigung von Ministerpräsident Woidke, zusätzliches Geld gegen den Unterrichtsausfall zur Verfügung zu stellen. Ich finde, Herr Dombrowski, Sie haben das, was heute hier passiert ist, ein wenig heruntergeredet. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Ab Frühjahr 2014 wird die Unterrichtsreserve um 50 % aufgestockt – um 50 %! Das ist nicht nichts! Das ist kein kleiner Schluck aus dem Wasserglas, sondern ein ordentlicher Hieb. Die Entlastung wird deutlich spürbar sein, der Unterrichtsausfall wird dadurch deutlich sinken. Ich glaube, darauf können wir stolz sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Kernprojekt für sozialen Aufstieg und mehr Bildungsgerechtigkeit in dieser Wahlperiode ist das Brandenburger Schüler-BAföG. Dieses Schüler-BAföG ist von der Opposition bis aufs Äußerste bekämpft worden. SPD und Linke haben es durchgesetzt, und das war richtig so, denn dadurch haben wir es schon jetzt – seit 2010 gilt das Gesetz – Tausenden Kindern aus einkommensschwachen Familien leichter gemacht, das Abitur abzulegen.

Ich habe nie verstanden, warum die Opposition dieses Gesetz bekämpft hat. Ich glaube, auch das ist ein Ausweis dafür, dass Sie die Lebensrealität in weiten Teilen des Landes nicht kennen. Ich will Ihnen zum Thema Schüler-BAföG einmal meine eigene Lebensgeschichte erzählen.

(Zurufe von der CDU: Oje! Das haben Sie schon ein paar Mal gemacht!)

– Ja, hören Sie vielleicht einfach einmal zu. Dann können Sie vielleicht nachvollziehen, warum manche Menschen in Situationen kommen, in denen es ihnen aufgrund ihrer materiellen Voraussetzungen nicht möglich ist, den Bildungserfolg zu haben wie jene, die mit großen goldenen Löffeln aufgewachsen sind.

Ich bin 1962 geboren, 1968 eingeschult worden. Nach der 4. Klasse – 1972 – habe ich es zwei Tatsachen zu verdanken, dass ich Abitur machen und auch studieren konnte: einem sehr engagierten Lehrer und eben dem Schüler-BAföG, das es unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt

in den Jahren zwischen 1971 und 1982 gab.

Für meine Eltern war es undenkbar, dass ich zum Gymnasium gehen, Abitur machen oder einmal studieren würde. Wie viele andere aus Arbeiterfamilien – mein Vater war Bauarbeiter, meine Mutter Hausfrau – haben sie gedacht, dass es normal sei, dass man mit 15 in eine Ausbildung geht, dass es eine kleine Ausbildungsvergütung gibt, von der zu Hause Geld abgegeben wird, damit der Kühlschrank am Ende des Monats noch etwas beinhaltet.

Es ist in vielen Familien in Brandenburg auch heute noch Realität, dass Jugendliche von ihrer Ausbildungsvergütung zu Hause Geld abgeben und damit einen Beitrag leisten müssen, um die Familie zu ernähren. Dadurch steht die Entscheidung an: Geht man nach der 10. Klasse von der Schule ab und macht eine Ausbildung oder geht man den weiteren Weg?

Ich habe einen sehr engagierten Lehrer gehabt, der meine Eltern erst einmal darauf aufmerksam gemacht hat, dass es diese Förderung – das Schüler-BAföG – gab. Diese finanzielle Unterstützung hat ihnen den Mut gegeben, sich auf diesen Weg einzulassen.

Das ist nicht die Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, die ich hier schildere, sondern das ist auch heute Wirklichkeit. Wir brauchen uns doch nur die Durchschnittseinkommen in Brandenburg anzuschauen. Da stellt sich für viele Familien, die zwei oder drei Kinder haben, wo nur der Mann verdient oder die Frau nur einen kleinen Nebenjob hat, also vielleicht maximal zweieinhalbtausend Euro

netto im Monat da sind, die Frage: Können wir es uns erlauben, dass alle drei Kinder bis zum Abitur gehen?

Das ist eine sehr konkrete Frage, die sich viele Menschen stellen. Wir haben hier in Brandenburg – und darauf bin ich sehr stolz – eine Antwort gefunden. Wenn jetzt Tausende von Schülern aus sozial schwachen Familien diese Förderung bekommen und darunter nur ein paar Hundert sind, die sonst nicht den Weg zum Abitur und zum Studium gefunden hätten, dann ist das eine große Leistung dieser Landesregierung. Ich bitte die Opposition, das zur Kenntnis zu nehmen und auch anzuerkennen.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir reden in Brandenburg nicht nur von sozialem Aufstieg, wir tun auch etwas dafür. Das Schüler-BAföG ist nur ein Beispiel dafür. Aber das Schüler-BAföG ist nicht unser einziges Projekt für sozialen Aufstieg und mehr Bildungsgerechtigkeit. Dazu gehört auch, dass wir in dieser Wahlperiode den Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich verbessert haben. Etwa tausend zusätzliche Kitaerzieherinnen und -erzieher konnten von den Kommunen und freien Trägern eingestellt werden. Das ist eine konkrete Verbesserung, die bemerkt worden ist.

Ich bin in meinem Wahlkreis unterwegs gewesen und habe dort erlebt, dass über diese Maßnahme beispielsweise Krippenerzieherinnen, die Anfang der 90er-Jahre, als wir den Geburtenknick hatten, aus den Kitas heraus mussten, nun eine Neueinstellung bekommen haben. Wir haben mit dieser

Maßnahme nicht nur die Betreuung, die pädagogische Qualität in unseren Kitas verbessert, sondern haben Menschen, die nie gedacht hätten, dass sie in diesen Beruf zurückkehren können, auch wieder eine konkrete Jobperspektive gegeben. Das ist eine große Leistung, die auch Akzeptanz in diesem Land findet.

In den vergangenen Jahren haben wir die Mittel, die wir für Kitas ausgeben, um insgesamt 50 % gesteigert. Das ist eine deutliche Steigerung. Wir haben sowieso einen viel besseren Betreuungsgrad als Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen – einen deutlich besseren. Aber wir haben jetzt auch noch die Qualität verbessert, und wir werden sie weiter verbessern. Das ist etwas, was auch dem Standort Brandenburg nutzt. Es nutzt nicht nur den Kindern, sondern macht diesen Standort auch für junge Familien attraktiv, hierher zu kommen.

(Beifall SPD)

Die Opposition fordert dann und wann, wir sollen doch mehr Geld ausgeben – für Kitas, für Schulen, für Straßenbau. Aber wie das alles finanziert werden soll, bleibt ihr Geheimnis. Um es kurz zusammenzufassen: Die Opposition ruft nach mehr Lehrern, nach mehr Polizisten, nach kleineren Kitagruppen, nach mehr Straßenbau. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Und natürlich: Nach weniger Schulden ruft die Opposition gleichzeitig auch. Nur wie das alles zusammenpasst, das sagen uns weder CDU noch FDP noch Grüne. Hier wird Politik nach dem Motto betrieben: Im

Himmel ist Jahrmarkt. Das Einzige, was Ihnen dann immer wieder einfällt, ist im Zweifelsfall, man könnte ja das Schüler-BAföG streichen. Eine richtige Antwort gibt es also nicht.

Wir sollten lieber einmal auf die Fakten schauen. Dietmar Woidke hat darauf hingewiesen: Rot-Rot hat bereits seit zwei Jahren in dieser Wahlperiode keine neuen Schulden aufgenommen. Das ist eine große Leistung. 2014 werden wir das erste Mal planmäßig ohne Schulden auskommen. Das haben wir im Doppelhaushalt 2013/2014 beschlossen, und wir werden es realisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie passt das eigentlich zu Ihren alten Gruselmärchen, dass Sozis und Linke nicht mit Geld umgehen könnten? Schauen Sie doch lieber einmal dorthin, wo Sie das Sagen haben! Schwarz-Gelb im Bund hat im Gegensatz zu Brandenburg seit 2009 pro Kopf zehnmal so viele Kredite aufgenommen wie Brandenburg. Zehnmal so viele Kredite! Von Rücklagen im Übrigen keine Spur.

Das Gleiche ist in Hessen der Fall. Dort wird auch am 22.09.2013 gewählt. Schwarz-Gelb regiert in Hessen. Seit 2009 hat das Land zehnmal mehr Kredite pro Kopf aufgenommen als Brandenburg. Um es kurzzufassen: Schwarz-Gelb betreibt Finanzpolitik ohne Sinn und Verstand, verbreitet Gruselmärchen über SPD und LINKE. Die Realität sieht ganz anders aus.

(Görke [DIE LINKE]: Genau! – Beifall SPD und DIE LINKE)

Zu dem ganzen Hokuspokus, den Schwarz-Gelb veranstaltet, passt übr-

gens auch, dass die FDP gerade Plakate aufhängt, auf denen sie für die Abschaffung des Soli wirbt.

(Büttner [FDP]: Jetzt kommt die un-terste Ossi!)

– Lieber Herr Büttner, wieso stellt die FDP die Solidarität mit dem Osten infrage? Den Soli abzuschaffen! Dass sich die Partei des Egoismus hinstellt und fordert, die Solidarität abzuschaffen, finde ich so ehrlich. Das hätte ich Ihnen nicht zugetraut. Ich hoffe, dass Sie dafür die Quittung bekommen.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe des Abgeordneten Büttner [FDP])

– Herr Büttner, ich bin mit Ihnen durch. Jetzt kommen die Grünen an die Reihe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss etwas länger ausführlicher zum Thema Energiepolitik sprechen:

Erst vergangenen Montag ist eine neue Umfrage zur Akzeptanz der Braunkohle in der Lausitz bekannt geworden. Diese Umfrage, aus der ich gleich zitieren werde, hat viele hier überrascht. Auch medial haben wir oftmals den Eindruck, als seien in der Lausitz pausenlos nur Klimacamps. Ich bitte darum, dass die Menschen, die über diese Klimacamps berichten, einmal fragen, woher die Menschen kommen, die in den Klimacamps sind. Ich glaube, sie kommen aus denselben Orten wie die Menschen, die hier gestern Gülle vor diesem Landtag ausgekippt haben.

(Frau Lehmann [SPD]: So ist es! Ja-wohl!)

Die Personalien von ihnen sind festgestellt worden. Woher kamen sie? Das waren keine Brandenburger oder Spreewälder Protestierer gegen die Verockerung. Das waren bezahlte Aktivisten von Greenpeace, die alle in Hamburg wohnen. Das ist schlicht und ergreifend die Wirklichkeit.

(Zurufe von der CDU – Zuruf der Abgeordneten Mächtigt [DIE LINKE])

Hier sind bezahlte Aktivisten unterwegs, die versuchen, einen Kampf auszutragen, auf Brandenburg zu projizieren, der überhaupt nichts mit Brandenburg zu tun hat.

Aber kommen wir auf diese Umfrage zurück. Was war das Kernergebnis der Umfrage, die forsa in der Lausitz durchgeführt hat? 2000 Bürger in Sachsen und in Brandenburg in beiden Teilen der Lausitz sind zu einem Thema befragt worden, das in Brandenburg gerade sehr hochkocht, nämlich zu der Frage, wie es mit Welzow weitergeht. Das Ergebnis ist schon spannend. Gut zwei Drittel der Bevölkerung im Lausitzer Braunkohlegebiet sind für eine Erweiterung der Tagebaue in der Region. 67 % stimmten der Aussage zu, dass zur Sicherung der langfristigen, zuverlässigen und kostengünstigen Versorgung mit Energie die Erweiterung des Braunkohletagebaues in der Lausitz notwendig ist. Lieber Herr Kollege Vogel, jetzt kommt es – das kann ich Ihnen nicht ersparen, auch wenn es Ihnen ein bisschen weh tut: Sogar 34 % der Anhänger der Grünen befürworten eine Erweiterung des Tagebaus.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Forsa hat im Juni, wie gesagt, mehr als 2000 Lausitzer zur Energiewende und zur Energiepolitik befragt. Das ist definitiv ein repräsentativer Querschnitt. Bei den Umfragen, über die wir uns immer aufregen, weil eine Partei in den Umfragen 3 % hoch oder 3 % heruntergegangen ist, werden in der Regel nur 1000 Menschen befragt. Eine Umfrage unter 2000 Menschen ist repräsentativ.

Von diesen Befragten erklärte nur jeder Fünfte, die Erschließung neuer Tagebaue sei nicht zu verantworten, weil die Schäden für Umwelt und Natur zu groß seien. Dann kommt es und das ist einer der Kernpunkte der ganzen Debatte um die Energiewende: Die Frage, ob es richtig sei, nach den Kernkraftwerken auch noch zusätzlich die Kohlekraftwerke abzuschalten, verneinten neun von zehn Befragten. Das genau ist die Debatte, die wir hier im Land führen. Das, was die Grünen aufführen, ist, zu sagen: Ja, jetzt haben wir den Ausstieg aus der Atomkraft und nun müssen wir noch möglichst schnell die Braunkohlekraftwerke abbauen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Das ist eine Position, mit der Sie einer kleinen radikalen Minderheit angehören. Das wird nicht gehen.

(Beifall [SPD])

Sie können diese Position vertreten. Wie Sie aber mit dieser Umfrage umgegangen sind, hat mich schon ein wenig erstaunt. Entsprechend des bekannten Zitats von Christian Morgenstern, dass

nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde diese Umfrage von Ihnen schlicht und ergreifend für unglaublich erklärt.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, hier sind Sie schlicht und ergreifend auf dem Holzweg. Die Menschen in der Lausitz haben wahrscheinlich von Energiepolitik mehr Ahnung als jede grüne Basisgruppe in diesem Land.

(Beifall SPD)

In der Lausitz wird seit mehr als 100 Jahren Strom aus Braunkohle produziert. Die Städte im Brandenburger Teil der Lausitz – ob Spremberg, Senftenberg oder Cottbus – sind mit dieser Form der Energie gewachsen. Das waren sehr kleine Orte. Erst in dem Augenblick, als dort Braunkohle gefunden worden ist, sind Menschen aus Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands in die Lausitz gekommen und haben diese Städte zu dem gemacht, was sie sind. Diese Städte sind mit dem Zurückfahren der Produktion von Strom aus Braunkohle nach 1989 wieder geschrumpft. Sie von den Grünen behaupten immer, dass durch den Braunkohletagebau Menschen aus ihren Dörfern vertrieben würden.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass Umsiedlungen viel Frust auslösen. Ich kann Ihnen aber ganz klar und deutlich sagen: Die meisten Menschen in der Lausitz sind der Meinung, dass die größ-

te Vertreibung in der Lausitz durch die Einstellung zahlreicher Tagebaue und Kokereien in den 90er Jahren stattgefunden hat. Damals sind nämlich Zehntausende arbeitslos geworden und Tausende aus der Lausitz weggegangen, um Arbeit in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen zu suchen.

Es stimmt, da haben Sie Recht, statt 100 000 Menschen, wie noch zu DDR-Zeiten, gibt die Kohle heute mit Zulieferern noch etwa 15 000 Menschen und ihren Familien Arbeit. Aber diese Menschen in der Lausitz haben gute Arbeit und vor allem gut bezahlte Arbeit.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Richtig!)

Die Grünen mit ihrer ständigen Agitation gegen die Braunkohle diffamieren diese Menschen und ihre Familien, ich glaube unbewusst, als „Dinosaurier der Arbeitswelt“.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Jetzt schlägt's aber 13!)

– Das ist so! Sie sagen, es sei eine Produktion von gestern. Dass Sie damit diese Menschen beleidigen, nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Lieber Kollege Vogel, ich glaube, Sie merken es nicht einmal. Sie machen vielen Menschen in der Lausitz mit Ihrer Politik Angst. Die große Mehrheit der Menschen in der Lausitz lebt seit vielen Generationen mit und von der Kohle. Sie gibt Ihnen auch heute noch Sicherheit und Wohlstand. Die Kampagne der Grünen gegen die Kohle bedroht aus Sicht dieser Menschen deren Sicherheit und Wohlstand. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Frau Lehmann [SPD]: Genau so ist es!)

Schauen Sie sich doch Ihre Stimm-
ergebnisse in Spremberg an! Schauen
Sie sich Ihre Stimm-ergebnisse in Sen-
ftenberg oder Cottbus an! Warum liegen
Sie dort weit unter dem Landesdurch-
schnitt? Die Politik, die Sie vertreten,
wird dort schlicht und ergreifend nicht
akzeptiert.

(Beifall SPD)

Es gibt aber noch einen Grund, wa-
rum wir Sozialdemokraten am Ener-
gimix festhalten. Wir sind überzeugt:
Wir brauchen die Braunkohle noch vie-
le Jahre, wenn wir in Brandenburg wie
in ganz Deutschland Industrieland blei-
ben wollen. Wir wollen den Ausstieg aus
der Atomkraft. Da wir aber gegenwärtig
überhaupt nicht absehen können, wann
und zu welchen Kosten wir unsere Pro-
bleme bei der Entwicklung von Speicher-
technologien für alternative Energien lö-
sen können, wäre es grob fahrlässig, sich
vorschnell aus der Braunkohle zu verab-
schieden. Wer das will, nimmt billigend
in Kauf, Deutschland zu deindustriali-
sieren, auch Brandenburg. Wer das tut,
gefährdet den Wohlstand unserer Men-
schen und unseres Landes insgesamt.

*(Beifall des Abgeordneten Bischoff
[SPD])*

Liebe Kolleginnen und Kollegen von
den Grünen, wir Brandenburger Sozial-
demokraten werden diesen von Ihnen
vorgeschlagenen Weg nicht mitgehen.

*(Beifall des Abgeordneten Bischoff
[SPD])*

Darauf können sich die Menschen in
der Lausitz verlassen. Darauf kann sich

aber auch die Industrie in Brandenburg
verlassen, die darauf angewiesen ist,
dass Energie bezahlbar bleibt.

Ich stimme Herrn Dombrowski zu.
Wir haben ein großes Problem. Wir ha-
ben beispielsweise Papierindustrie in
Größenordnungen in diesem Land an-
gesiedelt. Die Personalkosten sind nicht
das größte Problem. Das größte Prob-
lem für die Papierindustrie sind die Ener-
giekosten. Wenn hoffentlich nach der
Bundestagswahl eine andere Bundesre-
gierung da ist und diese nicht möglichst
schnell gemeinsam mit den Ländern die
Energiewende in den Griff bekommt,
werden wir erleben, dass die explodie-
renden Energiepreise nicht nur die Men-
schen unglaublich „annerven“, weil sie
persönlich diese Kosten tragen müssen.
Wir werden auch erleben, dass Industrie
aus diesem Land – auch aus Branden-
burg – abwandert. Die Papierindustrie
ist dramatisch gefährdet. Deshalb müs-
sen wir dort eine vernünftige Politik be-
treiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in
den kommenden zwölf Monaten haben
wir im Landtag noch genug zu tun. Da-
nach kommen vier Wochen Wahlkampf,
in denen wir Gelegenheit haben, nach
Herzenslust über die richtigen Wege
für Brandenburg zu streiten. Dann kön-
nen die Leute klar unterscheiden: Soll
es gerecht im Land zugehen? Sollen
Kinder aus ärmeren Familien weiterhin
eine faire Chance bekommen oder soll
das Schüler-BAföG abgeschafft wer-
den? Wollen sie eine Politik der Ehrlich-
keit und Zuverlässigkeit, eine Politik,
die mit sozialem Augenmaß den Haushalt
in Ordnung bringt, oder eine Politik, die

nach dem Wolkenkuckucksheim-Prinzip allen alles verspricht, um am Ende nichts halten zu können? Das sind die Alternativen im nächsten Jahr, die wir deutlich machen werden. Ich bin sicher, dass wir als Sozialdemokraten gemeinsam mit Dietmar Woidke mit unserem Zweiklang von Innovation und Gerechtigkeit überzeugen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in seiner ersten Regierungserklärung 2002 sprach Matthias Platzeck vom Ende der Nachwendezeit. Mit Matthias Platzeck verlässt jetzt ein Mann die Regierung, der seit der Stunde null Brandenburgs dabei war. Mit Dietmar Woidke tritt eine neue Generation in der Führung unseres Landes an.

In vier Monaten ziehen wir gemeinsam in den neuen Landtag, ein Haus – davon bin ich felsenfest überzeugt –, auf das wir stolz sein werden, auch diejenigen, die am Anfang skeptisch waren, ein Haus, von dem ich mir wünsche, dass es allein schon durch sein würdiges Ambiente zu mehr Selbstbewusstsein unseres Parlamentes beitragen wird. Nur neun Monate später, wenn wir dann im neuen Landtag sitzen, werden wir in die nächste Wahlperiode starten.

Mein Eindruck ist – darin muss ich Matthias Platzeck und seiner Regierungserklärung von 2002 leicht widersprechen –: Jetzt ist genau das Ende der Nachwendezeit in Brandenburg gekommen, und die neue Regierung von Dietmar Woidke ist angetreten, um diese Zeit mit offenem Visier und offenem Herzen zu gestalten. Die SPD-Fraktion wird Dietmar Woidke und seine Regierungsmannschaft dabei mit aller Kraft

unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die FDP-Fraktion. Herr Büttner, bitte.

Andreas Büttner

Vorsitzender der FDP-Fraktion



Andreas Büttner

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, zwei Bemerkungen, da der Herr Ministerpräsident und der Kollege Dombrowski auf die Situation im Nahen Osten bzw. in Syrien eingegangen sind. Als jemand, der regelmäßig in dieser Region ist und der in wenigen Wochen wieder dorthin fliegt, sage ich Ihnen: Egal, was wir tun, egal, welche Entscheidungen getroffen werden – nachhaltige Stabilität gibt es in Syrien und in der gesamten Region nur mit einer politischen und keiner anderen Lösung.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Es ist natürlich unsere Aufgabe, da, wo wir können, im Rahmen unserer Verantwortung einen Flächenbrand in der Region – der im Übrigen auch die Sicherheit Israels gefährdet – zu verhindern. Tatkräftige Hilfe, Herr Kollege Dombrowski, besteht unter anderem darin, dass wir diejenigen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen, aufnehmen. Das geschieht in Brandenburg auch, und einen Abschiebestopp gibt es glücklicherweise ohnehin.

Eine zweite Bemerkung: Sehr geehrter Herr Kollege Platzcek, bei allen politischen Unterschieden, auch den politischen Gräben, die uns trennen – es wird sich nicht ändern, dass wir zu unterschiedlichen politischen Bewertungen kommen –, danke ich Ihnen als Vorsitzender meiner Fraktion für Ihre Arbeit in allen fünf Landesregierungen und den in den letzten 23 Jahren in diesem Land geleisteten Dienst. Das verdient Anerkennung und Respekt. Vielen Dank dafür!

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Aber, meine Damen und Herren, ich komme wieder zum politischen Tagesgeschäft. Herr Ministerpräsident, ich habe gestern auf facebook gesehen, dass Sie plakatieren: „Der Neue“.

(Frau Lehmann [SPD]: Plakatieren? Nein!)

– Zumindest haben Sie es auf dem Plakat: „Der Neue“.

Dann habe ich mir gedacht: Naja, „der Neue“ wird ja dann auch mal etwas Neues sagen.

(Frau Alter [SPD]: Hat er doch! Genau!)

Da werden ja vermutlich auch neue Ideen kommen, Innovationen, Sprühkraft, ein Ruck geht durch dieses Land.

Herr Ministerpräsident, neu ist nichts. Ich muss Ihnen sagen: Ihre Regierungserklärung finde ich fast merkwürdig passiv, bemerkenswert zurückhaltend und außerordentlich lustlos für dieses Land. Ich habe mir mehr erwartet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP – Unmut bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Für eine Regierungserklärung nach einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten ist das schlichtweg zu wenig. Und es ist auch zu wenig, um unser Land bis zur Landtagswahl 2014 zu führen. Da erwarten wir als Liberale deutlich mehr, Herr Ministerpräsident.

Herr Kollege Ness, ich habe mich eigentlich auf diese Auseinandersetzung mit Ihnen gefreut, auch wenn Sie es noch nicht ganz geschafft haben, von der Rolle des Generalsekretärs in die des Fraktionsvorsitzenden zu wechseln.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Ich will Ihnen gleich zu Beginn sagen: Das, was Sie hier eben betrieben haben, war unterste politische Schublade.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE)

Herr Kollege Ness, Sie sollten wissen: Der „Aufbau Ost“ ist vertraglich zu-

gesichert, und der Bund wird bis zum Jahr 2019 mehr als 30 Milliarden Euro in den „Aufbau Ost“ geben. Ich erinnere daran, dass die Bundesregierung erst vor Kurzem 500 Millionen Euro mehr für Innovationen in den „Aufbau Ost“ gegeben hat, um den Transfer von den Universitäten in die Wirtschaft zu unterstützen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Mittel werden durch den Solidaritätszuschlag deutlich mehr als gedeckt. Deshalb ist dessen Abschaffung richtig; das entlastet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Ich komme später gern weiter auf die Finanzpolitik zu sprechen. Aber, Herr Kollege Ness, das war wirklich unter aller Kanone von Ihnen.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE – Widerspruch bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Brandenburg steht vor großen Herausforderungen. Das Land muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, um handlungsfähig zu sein und zu bleiben, gerade vor dem Hintergrund der sinkenden Finanzzuweisungen sowie der Schuldenbremse. Deshalb gilt es, sich zu konzentrieren und Prioritäten wirklich zu setzen und nicht nur zu verkünden, dass man sie setzen möchte.

Daher muss Brandenburg ein Land guter Bildung sein. Das Chaos, das wir in der Bildungspolitik in diesem Land erleben, ist grotesk. Herr Kollege Ness, was das angeht, möchte ich gleich noch auf Sie eingehen und versuchen, Ih-

nen einen Unterschied zu erklären. Gegenwärtig haben wir das vermutlich am schlechtesten geführte Bildungsministerium in der Geschichte dieses Landes seit 1990.

(Beifall FDP)

Was haben wir denn in den vergangenen Jahren in Ihrer Regierungszeit erlebt? Wir haben mit Ihren Attacken gegen die freien Schulen einen Angriff auf die vielfältige Bildungslandschaft und die Schulvielfalt in unserem Land erlebt. Sie handeln nach dem „Schneewittcheneffekt“: Alles, was schöner ist als ich, muss beseitigt werden. – Genau das war das Ziel Ihrer Maßnahme, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Deshalb gibt es die Klage vor dem Landesverfassungsgericht.

(Zurufe der Abgeordneten Große und Wehlan [DIE LINKE])

In allen Umfragen und allen Vergleichsstudien, die es gibt, im „Bildungsmonitor 2012“ der INSM und des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln, ist Brandenburg unter den Schlusslichtern. Im „Bildungsmonitor 2011“ liegen wir bereits auf Platz 13. Beim IQB-Ländervergleich 2011 liegen die Ergebnisse aus Brandenburg in allen Tests teilweise weit unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist Ihr Vergleich mit Sachsen ziemlich absurd, Herr Kollege Ness. Sachsen steht bei PISA auf Platz 1, und die Kritik an Sachsen ist schlichtweg Unfug.

(Beifall FDP – Zuruf des Abgeordneten Ness [SPD])

Gute Bildung ist die Voraussetzung für den Aufstieg in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es richtig, dass, wenn ein Land die Kernaufgabe Bildung hat, in diese auch vernünftig investiert wird. Die Kitapolitischen Initiativen dieser Landesregierung haben 2010 ein Ende gefunden, und ich finde es fast schon lustig, Herr Kollege Ness, dass Sie auf diesen Kita-Personalschlüssel noch einmal so deutlich eingegangen sind, der uns – ich wiederhole es gern – im bundesweiten Vergleich von Platz 16 auf Platz 16 kaputtputzt hat. Herr Kollege Ness, das ist doch nicht wirklich das, was Sie für dieses Land erreichen wollen. Bei dieser Gelegenheit erkläre ich Ihnen nachher gern auch noch einmal den Unterschied zwischen Betreuungsquote und Betreuungsschlüssel, denn das haben Sie wohl etwas verwechselt.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Auch bei den Lehrereinstellungen streuen Sie den Menschen in diesem Land Sand in die Augen. Wir haben 2000 Lehrer eingestellt, das ist richtig. Wir haben Abgänge von 2908 Lehrern – sie verlassen den Schuldienst – bei leicht steigenden Schülerzahlen. Dabei ist die Inklusion überhaupt noch nicht eingerechnet, sondern nur das Halten der Schüler-Lehrer-Relation. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Inklusion für Sie offensichtlich doch nur ein Einsparmodell ist, und das wird es mit uns nicht geben, meine Damen und Herren.

Dennoch haben wir einen hohen Unterrichtsausfall. Wir haben den geringsten planmäßig erteilten Unterricht seit

Einführung der Statistik. Frau Ministerin, ein aktuelles Beispiel aus dem Oberstufenzentrum Uckermark: In der Erzieherausbildung ist gerade – gestern – ein gesamtes Unterrichtsfach für dieses Schuljahr gestrichen worden, da es schlicht keine ausreichende Lehreranzahl an dieser Schule gibt und das Staatliche Schulamt sagt, es werde auch keine Möglichkeit geben, einen Lehrer dorthin zu versetzen. Das sind keine Einzelbeispiele, sondern es ist ein Trend, der durch das gesamte Land geht.

Deswegen fordere ich Sie auf, endlich zu erkennen, dass dieser Unterrichtsausfall ein gravierendes Problem in diesem Land ist, endlich zu erkennen, dass wir mit dieser Art der Bildungspolitik nicht weitermachen können, sondern in der Bildungspolitik umzusteuern haben. Frau Ministerin Münch, Sie haben Ihr Haus nicht im Griff.

(Beifall FDP und CDU)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, bin ich ein bisschen überrascht gewesen – fast positiv überrascht –, dass Sie gesagt haben, Sie wollen die Vertretungsreserve um 50 % erhöhen. Das ist richtig. Es ist endlich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir als Liberale, als Freie Demokraten haben Ihnen jahrelang – jahrelang! – die Erhöhung der Vertretungsreserve vorgeschlagen. Wir haben diesen Vorschlag mit mehreren Anträgen – oft, Herr Kollege Dombrowski, auch gemeinsam mit Ihnen, mit der CDU, gemeinsam mit den Grünen – hier in den Landtag eingebracht. Das, was wir immer von Ihrer Bildungsministerin gehört haben, war: Die Erhöhung der

Vertretungsreserve ändert überhaupt nichts an dem Unterrichtsausfall. – Ich freue mich, dass es endlich bei Ihnen als Ministerpräsident die Erkenntnis gibt, dass es anders ist und Sie die Vertretungsreserve erhöhen wollen – ein Stück weit erhöhen wollen –, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

(Frau Lehmann [SPD]: Also doch was Neues!)

Ich hoffe, Sie haben es auch Ministerin Münch erklärt, damit es am Ende auch durchgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall FDP und CDU)

Das Problem ist nur: Das ist zwar eine richtige Erkenntnis, aber wir haben einen deutlich höheren Krankenstand. Wir als FDP-Fraktion haben Ihnen ein Konzept gegen Unterrichtsausfall vorgelegt. Die Erhöhung – ich habe es gesagt – der Vertretungsreserve wurde abgelehnt. Es geht aber auch um mehr. Es geht um die Einführung eines Gesundheitsmanagements, um die Möglichkeit, dass ältere Lehrer in den Schuldienst hineingehen, verstärkt hineingehen, um den Unterrichtsausfall auch einmal spontan abdecken zu können. Denn wir wissen natürlich: Wir werden Unterrichtsausfall nie auf null herunterdrücken können, sondern er wird immer da sein, weil immer mal jemand krank wird. Wenn sich das häuft, ist der Unterrichtsausfall auch höher.

Aber, meine Damen und Herren, die Konzeption dieser Landesregierung in der Bildungspolitik ist schlichtweg falsch. Wenn wir hier nicht umsteuern, verlieren wir einen Teil unserer Genera-

tion. Das sehen wir an den hohen, mit 8 % immer noch viel zu hohen Schulabbrecherzahlen in diesem Land. Hier muss dringend mehr Individualität hinein, hier muss umgesteuert werden.

Herr Ministerpräsident, ich zitiere Sie:

„Auch der Weg, in Wissenschaft und Forschung zu investieren, war und ist richtig. Wir haben heute eine erfolgreiche Hochschullandschaft.“

Herr Ministerpräsident, was meinen Sie? Meinen Sie den Griff in die Rücklagen der Hochschulen, bei denen Sie 10 Millionen Euro, also 25 %, den Rücklagen der Hochschulen entnommen haben? Oder meinen Sie die schlechteste Hochschulfinanzierung mit 167 Euro je Einwohner im Jahr? – Für die Hochschulen ist das mit Abstand der niedrigste Wert in ganz Deutschland.

Meine Damen und Herren, Forschung und Innovation sind die Grundlage für eine innovative Wirtschaft. Deswegen fordern wir Sie auf – wir haben Ihnen das hier als FDP-Fraktion schon oft genug vorgelegt –: Investieren Sie in Forschung, investieren Sie in Innovation, investieren Sie in die Hochschulen, und nehmen Sie den Hochschulen nicht das Geld weg! Das benötigen die Hochschulen, um weitere Projekte zu fördern.

Wenn Sie an der Stelle umsteuern wollen, Herr Ministerpräsident, dann haben Sie unsere Unterstützung.

(Frau Melior [SPD]: 5 % pro Jahr mehr pro Jahr?)

Mit der schlechtesten Hochschulfinanzierung, Frau Kollegin Melior, werden wir dieses Land nicht nach vorn bringen.

(Vereinzelt Beifall FDP – Frau Melior [SPD]: Das ist nicht der aktuelle Stand!)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein wirtschaftlich stabiles Land sein. Die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs hängt natürlich auch von einer guten Infrastruktur ab. Deswegen benötigen wir gute Straßen. Wir benötigen gute Schienen. Wir benötigen gut ausgebaute Wasserstraßen. Das ist nicht etwas, was das Land allein bewerkstelligen kann.

Herr Kollege Bischoff, zum Beispiel der Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße ist unabdingbar notwendig – er steht auch im Bedarfsplan des Bundes, sodass der Ausbau auch kommen wird –, um zum Beispiel für Ihre Region, für unsere gemeinsame Region eine Anbindung des Hafens Schwedt an den Ostseeraum zu erreichen. Wir werden das nicht allein stemmen können, aber das Land Brandenburg muss natürlich seinen Beitrag dazu leisten.

Seit 2010 ist der Etat für Straßenbau kontinuierlich zurückgefahren worden. Die Landesregierung stellt zu wenig finanzielle Mittel für den Erhalt der 9 400 km Bundes- und Landesstraßen bereit; im Bereich der Bundesstraßen sind es die Planungsmittel.

Herr Minister Vogelsänger, ich muss Ihnen das auch vorhalten: Sie haben sich schlichtweg nicht durchsetzen können beim Finanzminister. Deswegen ist das, was wir auch gestern diskutiert haben – wir brauchen eigentlich 60 Millionen Euro für den Erhalt unserer Landesstraßen,

haben aber überhaupt nur etwa 10 %, also 6 Millionen Euro, zur Verfügung –, eine wirtschaftspolitische Katastrophe für unser Land; ich will es so deutlich formulieren. Wir vernichten hier mit dieser Politik volkswirtschaftliches Eigentum. Deswegen hoffe ich, dass Sie sich doch irgendwann einmal beim Finanzminister durchsetzen können. Denn neben guter Bildung ist auch dies eine Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich gehört zu einer gut ausgebauten Wirtschaft, gehört zu einem innovativen Land auch eine gute Breitbandversorgung. Ich erinnere daran, dass 2008 von Ministerpräsident Platzeck versprochen wurde – ich kann mich gut daran erinnern; es war ja gerade Kommunalwahlkampf, Herr Platzeck –: Bis Ende 2009 sind alle weißen Flecken im Land Brandenburg verschwunden.

Das haben Sie „toll“ hingekriegt. Ich kenne ganz viele weiße Flecken. Immer, wenn ich durch die Gegend fahre, sagen mir überall, wohin ich komme, die Unternehmer: Wir haben kein vernünftig ausgebauten Internet. – Wenn man natürlich von einer Tausender-Leitung spricht – so haben Sie es damals wahrscheinlich gemeint –, dann haben wir eine ganz gute Abdeckung. Das ist aber nicht der Standard. Wir brauchen dringend den Ausbau des schnellen Internets in Brandenburg, um uns wirtschaftlich nicht abzukoppeln. Die Unternehmen brauchen die schnelle Internetverbindung. Wir brauchen eine gute Breitbandversorgung.

Auch das im Infrastrukturministerium liegende Entwicklungskonzept „Brandenburg-Glasfaser 2020“

(Domres [DIE LINKE]: Im Wirtschaftsministerium!)

wird das nicht umsetzen können. Aus den Ministerien hören wir bereits, dass die ländlichen Räume nicht ausreichend erreicht werden können. Meine Damen und Herren, das ist ein Standortnachteil für das Land Brandenburg. Wir brauchen eine Förderung des Ausbaus des schnellen Internets in ganz Brandenburg für die Wirtschaft, aber natürlich auch für jeden einzelnen Haushalt in diesem Land.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das sollte doch der Markt regeln!)

Infrastruktur ist ein prioritäres Thema. Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, haben Sie das in Ihrer Regierungserklärung vorsichtshalber ausgelassen – mit Ausnahme des Pannflughafens BER. Herr Ministerpräsident, mit der Berufung von Herrn Staatssekretär Bretschneider haben Sie es verpasst, einen Experten für Flughafenbau in den Aufsichtsrat zu berufen. Bei all dem, was man Herrn Bretschneider auch positiv unterstellen mag: Er ist eben auch wieder ein Politiker. Der Aufsichtsrat muss endlich von der Dominanz der Politik befreit werden. Einen anderen Weg wird es für den Aufsichtsrat nicht geben.

(Vereinzelt Beifall FDP, CDU sowie B90/GRÜNE)

Vor allem, meine Damen und Herren: Der Flughafen muss endlich an den

Start gehen. Wir benötigen ihn dringend – da stimme ich Ihnen zu – für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region.

Ich war etwas überrascht über die Worte, die Sie gefunden haben – schon sehr zurückhaltend – zum Thema Nachtflugverbot. Ich sage es hier noch einmal ganz deutlich: Ich persönlich bin gegen ein Nachtflugverbot für die Zeit von 22 bis 6 Uhr.

(Beifall FDP)

Aber ich sage das auch sehr deutlich, und ich habe das immer gesagt. Ich stehe zu meiner Meinung. Aber das ist eben ehrlich. Herr Platzeck, Sie haben in Ihrer Zeit als Ministerpräsident immer versprochen: Es wird ein Nachtflugverbot für die Zeit von 22 bis 6 Uhr geben.

Herr Ministerpräsident Woidke, Sie sind hier ja schon deutlich zurückhaltender. Es gibt eben noch andere, die in diesem Aufsichtsrat sind. Es gibt eben noch andere, die Gesellschafter sind, und die sehen das anders. Deswegen: Versprechen Sie den Menschen in diesem Land nichts, was Sie am Ende nicht halten können, sondern setzen Sie es um!

Noch einmal: Ich persönlich bin dagegen. Sie aber versprechen etwas, was Sie nicht halten können. Und das, Herr Ministerpräsident, ist schlichtweg unredlich.

Herr Ministerpräsident, Brandenburg muss ein Land für alle Regionen sein. Sie haben mehrfach auf die Bedeutung der Einheit des Landes hingewiesen und darauf, dass sich alle Regionen des Landes entwickeln müssen und sollen. Das entspricht natürlich dem

Grundsatz in unserer Landesverfassung, und in diesem Ziel unterstützen wir Sie.

Richtig ist: Alle Menschen in Brandenburg sollen eine Chance haben. Richtig ist jedoch auch, dass die Landesregierung bei der Entwicklung der ländlichen Räume hinderlich ist. Wir haben im ländlichen Raum bzw. in der Fläche den Abzug von Einrichtungen. Ich spreche hier das Finanzamt Angermünde an, Herr Minister Markov, und das Landesjugendamt in Bernau, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Auch da ist Infrastruktur wieder ein Thema: Mobilität im ländlichen Raum muss gewährleistet sein. Der öffentliche Personennahverkehr in Brandenburg ist jedoch kritisch unterfinanziert, weshalb Zugverbindungen ausgedünnt und Buslinien eingestellt werden.

Meine Damen und Herren, der sozialdemokratische Landrat der Uckermark – im Übrigen Ihr ehemaliger Staatssekretär, Herr Ministerpräsident – bemängelt in einer Stellungnahme an diesen Landtag, dass die Landesregierung nichts für die ländlichen Räume unternehme, sondern lediglich die kommunale Ebene und der Bund sich kümmern. Aus diesem Grund ist der Landkreis Uckermark im Bundesprogramm „LandZukunft“.

Das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, angesprochene und zu Recht gelobte Kombiprojekt ist ein vom Bund bzw. vom Bundesinnenministerium finanziertes Projekt. Insofern bin ich gespannt, wie Sie die ländlichen Räume stärken wollen.

Herr Platzeck, ich freue mich persönlich, dass Sie in der Uckermark ver-

treten sind. Ich hoffe, Sie setzen sich auch für diese Region ein und erkennen, dass Ihre Landesregierung und Sie als Mitglied der Koalitionsfraktionen sich stärker für die ländlichen Räume einsetzen müssen.

Herr Ministerpräsident, ich erwarte von Ihnen eine Strategie für die ländlichen Räume. Wenn sich die Regionen nicht auseinanderentwickeln sollen, dann muss es eine vernünftige und nachhaltige Strategie geben, wie es nicht zu einem Auseinanderleben der Regionen kommt. Das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung vorsichtshalber ausgelassen, wie Sie in Ihrer Regierungserklärung so furchtbar viele lose Enden hatten und so furchtbar viel ausgelassen haben.

(Beifall FDP)

Wir als FDP sagen zudem konkret: Auch in Zukunft muss Mobilität bezahlbar sein. Insofern lehnen wir die Abschaffung der Pendlerpauschale oder höhere Belastungen für die Bürger ab.

Meine Damen und Herren, auch in der Umwelt- und Gesundheitspolitik hat dieses Land völlig den Kompass verloren. Frau Ministerin Tack hat ihr Ministerium nicht im Griff, sie ist Spielball der Abteilungsleiter und hat seit Beginn ihrer Amtszeit nicht verstanden, dem Haus eine politische Richtung zu geben.

(Beifall FDP)

Bei klaren, teils mit überfraktioneller Mehrheit getroffenen Beschlüssen des Landtages, etwa zur Agrarpolitik oder zur Fischereiwirtschaft, verweigert sie die Mitwirkung oder die Umsetzung und

beschäftigt sich stattdessen mit ebenso kostspieligen wie auch überflüssigen Spielwiesen, etwa mit der Erstellung der sogenannten Nachhaltigkeitsstrategie.

(Beyer [FDP]: Überflüssig, genau!)

Zentrale Herausforderungen – zum Beispiel die Novellierung des Wasser- und des Naturschutzgesetzes, die Reform der Wasser- und Bodenverbände, die Reform der Naturschutzverwaltung, die Verbesserung der medizinischen Versorgung – wurden nur halbherzig angegangen, zum Teil schlichtweg verdrängt oder – im wahrsten Sinne des Wortes – in den Sand gesetzt.

(Beyer [FDP]: Genau! – Beifall FDP)

Jüngstes Beispiel dafür ist die Novelle des Wassergesetzes, mit der man sich innerhalb von zwei Jahren nun zum zweiten Mal befassen muss, weil man sich bei der ersten Novelle nicht über die Rechtsfolgen im Klaren war, die nun zu einer Umsatzsteuerpflicht der Unterhaltungsverbände führt.

Frau Ministerin Tack, Sie eilen von einer Blamage zur nächsten. Sowohl fachlich als auch politisch sind Sie schlichtweg ungeeignet für dieses Ministerium und ein Mühlstein am Hals der Landesregierung.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, einer der größten Vorwürfe, den ich Ihnen mache bzw. den meine Fraktion Ihnen macht, ist, dass Sie gestern die Chance verpasst haben, eine Kabinettsumbildung durchzuführen und insbesondere die Gesundheits- und Umweltministerin so-

wie die Bildungsministerin zu entlassen und dafür neue Minister zu berufen – für einen Neuanfang in diesem Land.

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land der Energie sein. Brandenburg ist ein Energieexportland und hat auch eine Energieversorgerfunktion. Das bedeutet: Brandenburg muss in der Lage sein, so viel Energie zu produzieren, dass es auch Berlin mit dessen begrenzten Möglichkeiten zum Ausbau der erneuerbaren Energien komplett versorgen kann.

Als Stromexporteur für die südlichen Bundesländer wird die Bedeutung Brandenburgs angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung künftig weiter steigen und dem Land dauerhaft eine strategisch wichtige Versorgerfunktion innerhalb der Bundesrepublik zuweisen.

In der Tatsache, dass die Bundesrepublik energiepolitisch betrachtet in drei Regionen gegliedert werden kann, liegen erhebliche wirtschaftspolitische Chancen. Im Süden des Landes wird gegenwärtig deutlich weniger Energie bereitgestellt, als verbraucherseitig abgefordert wird, während der Norden deutliche Energieüberschüsse aufzuweisen hat. Lediglich Mitteldeutschland hat energetisch eine in Grenzen ausgeglichene Energiebilanz vorzuweisen.

In der bisherigen Energiepolitik führt dies zur lediglich gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderung, dass die Leitungskapazitäten demgemäß auszubauen seien, um den Transport der Energie von Nord nach Süd zu gewährleisten. Genauso richtig wie diese Forderung auch sein mag, ist es zugleich offen-

sichtlich, dass es neben diesem Aspekt auch dazu kommen muss, Betriebe mit erhöhtem Energieverbrauch verstärkt dort anzusiedeln, wo es aufgrund des Aufbaus der regenerativen Energieträger zu Überschüssen kommt und weiterhin kommen wird.

Die Energiestrategie des Landes, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, eingegangen sind, benötigt daher einen deutlicheren wirtschaftspolitischen Anstrich. Sie muss die Ansiedlungspolitik von Betrieben mit erhöhtem Energieverbrauch des energieintensiven Mittelstands in den Fokus stellen.

Einig, Herr Ministerpräsident, sind wir uns in der Bewertung der Braunkohle: Wir benötigen die Braunkohle weiterhin als Brückentechnologie bis in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, aber behaupten, dass die Energiewende im Bund gescheitert sei, dann will ich Ihnen eines sagen: Wir müssen insbesondere unseren Energieverbrauch senken. Das ist eine der Möglichkeiten, die wir haben, um die Energiewende zu gestalten.

Herr Ministerpräsident, seit dem Jahr 2012 liegt das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im Bundesrat. Dessen Umsetzung ist auch an der Verweigerungshaltung Brandenburgs gescheitert. Insofern fordere ich Sie, Herr Ministerpräsident, auf, an dieser Stelle umzuschwenken und dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im Bundesrat nach der Bundestagswahl und nach der Fortsetzung der gegenwärtigen Bundesregierung zuzustimmen.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Dann wird die Energiewende gelingen?!)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein sicheres Land sein; das haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, zu Recht gesagt. Die Bürger haben ein Recht auf ein sicheres Land. Das ist auch Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber die Menschen – Sie, Herr Ministerpräsident, wissen das; denn Sie wohnen in einer Grenzregion – fühlen sich gegenwärtig nicht sicher. Sie, Herr Platzek, wissen das auch; denn wir waren gemeinsam in der Uckermark und haben mit den Unternehmern und den Landwirten vor Ort gesprochen.

Insofern reicht es nicht, Hundertschaften an die Grenze zu schicken. Vielmehr muss es eine dauerhafte Lösung geben, die Sie jedoch nicht haben. Sie haben diese dauerhafte Lösung nicht.

(Frau Stark [SPD]: Haben Sie denn eine?)

Aus diesem Grund brauchen wir ein langfristiges und tragfähiges Konzept im Bereich der Grenzriminalität.

Ihre Polizeireform senkt die Motivation bei den Polizeibeamten in Brandenburg. Die gegenwärtig zu geringen Ausbildungszahlen erreichen nicht einmal die Personalbedarfszahlen, die Sie erreichen wollen.

Herr Innenminister, steuern Sie um! Ihr jetziger Ministerpräsident ist Ihr Amtsvorgänger, weshalb er sich besonders mit diesem Thema auskennen muss. Wie wollen Sie denn Motivation erreichen? Wie wollen Sie Motivation er-

reichen, wenn Sie die Beamten durchschnittlich 15 Jahre lang auf eine Beförderung warten lassen? – Das führt zu Demotivation. Das funktioniert nicht, Herr Ministerpräsident und Herr Innenminister. Das ist ein falscher Ansatz in der Innenpolitik. Diesen Weg gehen wir mit Ihnen nicht mit.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land der Chancen für alle sein. Aufstiegschancen für alle – das erfordert gute Bildungspolitik und gute Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktprogramme in diesem Land müssen gestrafft werden. Herr Minister Baaske, an dieser Stelle fordere ich Sie dringend auf, die Mittel aus dem Regionalbudget bei den Landkreisen zu belassen und nicht in Ihrem Ministerium zu verorten.

Herr Ministerpräsident und Herr Ness, wir sind völlig unterschiedlicher Auffassung in der Frage des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge. Das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge ist nicht positiv für unser Land, sondern bedeutet mehr staatliche Intervention. Diesen Weg werden wir mit Ihnen nicht gehen. Das ist mit uns nicht möglich.

Des Weiteren ist das Vergabegesetz bürokratischer Unfug und ein weiterer staatlicher Eingriff in das freie Unternehmertum. Diese beiden Gesetze sind schlichtweg falsch.

(Oh! bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren, setzen damit die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft.

(Beifall FDP – Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Die Folge ist die Verdrängung von Privatunternehmen, Frau Mächtig, von einem für sie wichtigen Marktsegment. Mittelfristig führt dies zu einem Rückgang des Steueraufkommens. Die Folge dessen werden Monopolisierung einzelner Leistungen und Preissteigerungen für die Bürger aufgrund fehlenden Wettbewerbs sein.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land mit soliden Finanzen sein. Herr Kollege Ness, Ihr Vergleich mit dem Bund war wirklich Quark – da wäre ich ein bisschen vorsichtiger gewesen. Erstens haben wir deutlich weniger Schulden aufgenommen als Ihr damaliger Finanzminister – man sieht ihn nicht so oft; es soll Ihr jetziger Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sein – in der mittelfristigen Finanzplanung geplant hatte.

Die Bundesregierung legt einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2014 vor. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind Ausgaben und Neuverschuldung am Ende der Wahlperiode geringer als am Anfang. 2015 wird im Bund mit der Schuldentilgung begonnen – das ist konsequente Konsolidierungspolitik. Herr Ness, wann fangen Sie in Brandenburg an, die Schulden zu tilgen?

(Beifall FDP – Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Lächerlich!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass Sie keine neuen Schulden mehr aufgenommen hätten. Aber welche Risiken liegen im Haushalt? Ich bin gespannt auf den Nachtragshaushalt, den der Finanzminister im November vorlegen will. Wie wollen Sie das mit dem Flughafen BER weiter umsetzen? Die Risiken bekommen wir bisher überhaupt nicht mitgeteilt. Sagen Sie doch ehrlich, welche Risiken noch im Haushalt liegen!

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich glaube Ihnen an dieser Stelle nicht ein Wort. Sie haben kein Konzept, wie Sie künftig Schulden zurückzahlen wollen. Das fordert meine Fraktion, und so macht es das von Ihnen beiden gescholtene Sachsen seit vielen Jahren – das ist der Unterschied zwischen vernünftiger Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb in Sachsen und Haushaltspolitik von Rot-Rot in Brandenburg.

(Beifall FDP und CDU)

Warum haben Sie keine neuen Schulden aufgenommen? Wegen massiver Steuermehreinnahmen! Und diese sind der guten konjunkturellen Lage und den politischen Voraussetzungen durch die Bundesregierung zu verdanken; Brandenburg hat wirklich nicht viel dafür getan.

(Bischoff [SPD]: Wo arbeiten denn die Leute?)

Herr Kollege Ness, Sie blenden auch aus, dass die Bundesregierung 21,7 Milliarden Euro im ESM und 22 Mil-

liarden Euro Zusatzleistung für Länder und Kommunen bereitgestellt hat, von denen das Land Brandenburg profitiert.

Es gibt in Brandenburg viel zu tun. Herr Ministerpräsident, ich glaube nicht, dass Ihre Regierung in der Lage ist, diese Probleme anzugehen. Das haben Sie in den letzten vier Jahren bewiesen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass Sie alle mitnehmen wollen. – Sie haben uns nicht gesagt, wohin; das ist offengeblieben.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Wollen Sie uns in den Schuldenstaat mitnehmen, in den Umverteilungsstaat, in den Bevormundungsstaat? Dahin wollen wir nicht mitkommen.

(Frau Lehmann [SPD]: Sie sind ja bei 3 %!)

– Ihnen wird das Lachen nach solchen Aussagen noch vergehen, Frau Lehmann!

(Frau Lehmann [SPD]: War das eine Drohung?)

– Vielleicht sollten Sie sich einmal ein wenig zurücknehmen, Frau Lehmann.

Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen im Mittelstand. Wir wollen eine offene, freie, tolerante Gesellschaft in Brandenburg. Wir wollen einen gesunden, handlungsfähigen Staat, der seine Kraft aus der Bescheidenheit schöpft. Zu all dem haben wir nichts gehört, Herr Ministerpräsident. Deshalb, Herr Woidke: Brandenburg ist ein soziales Land und soll

es bleiben. Aber Brandenburg braucht dringend mehr liberale Impulse. – Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort; Herr Abgeordneter Görke hat das Wort.

Christian Görke

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE



Christian Görke

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie zu Beginn auch der Linksfraktion einige Sätze zum Syrienkonflikt: Die Linksfraktion fühlt sich bei den Vorrednern in der Bewertung durchaus aufgehoben. Für uns – das war schon immer so – sind Krieg oder Luftangriffe keine Lösung eines Problems,

(Beifall DIE LINKE)

sondern vergrößern menschliches Elend. Politik muss gerade jetzt das Primat haben;

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Wie wollen Sie das machen?)

ich glaube, darin sind wir übereingekommen.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, ich trete als vierter Mann ans Rednerpult, und es kommt ja wohl noch einer. Doch keine Sorge: Was ich hier zu sagen habe, ist mit den Frauen meiner Fraktion besprochen. Ich bin froh darüber, dass sie ein gewichtiges Wort mitzureden haben, denn – davon bin ich überzeugt – die Zukunft Brandenburgs ist weiblich!

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn drei klare Sätze: Erstens möchte ich Matthias Platzeck nochmals Respekt und Dank aussprechen. Zweitens wünsche ich Dietmar Woidke im neuen Amt eine weiterhin gute Zusammenarbeit, ein weiterhin gutes Miteinander. Und drittens, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger: Diese Koalition arbeitet erfolgreich weiter!

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

An Sie, meine Damen und Herren der Opposition, noch ein vierter Satz: Hüten Sie sich vor Übertreibungen! Sie haben vor einigen Tagen – mit Bekanntwerden der Entscheidung – versucht, den Wechsel des Ministerpräsidenten zu einer Schicksalsstunde, einem Wendepunkt des Landes hochzustilisieren, zu einem Zusammenbruch der Koalition, zum Ende einer ach so schrecklichen Zeit, die über Brandenburg gekommen sei.

(Bretz [CDU]: Von Ihnen haben wir gar nichts gehört!)

– Herr Kollege Bretz, der Ministerpräsident ist aus dem Amt geschieden, weil er auf seine Gesundheit achten muss, und nicht, weil ihm die Geschicke eines kranken Landes aus den Händen gegliitten wären.

Im Gegenteil, Brandenburg ist gesund und kräftig. Herr Dombrowski, 2012 sind wir das Bundesland mit der dynamischsten Wirtschaftsentwicklung geworden und haben sogar Bayern hinter uns gelassen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD – Gelächter bei der CDU)

So viel zu Ihrer Behauptung, wir seien wirtschaftsfeindlich. Merken Sie noch etwas?

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat bei aller positiven Bilanz deutlich gemacht, dass es keinen Anlass gibt, die Hände in den Schoß zu legen. Das sehen wir genauso und setzen deswegen unsere Arbeit konsequent fort. Die rot-rote Koalition hat das Land allen Unkenrufen zum Trotz für die kommenden Herausforderungen fit gemacht. Den Koalitionsvertrag haben wir mit „Gemeinsinn und Erneuerung“ überschrieben. In der Praxis heißt das: Wir haben weiteren Menschen eine Chance gegeben, sich in das gemeinsame Leben in Brandenburg einzubringen. Momentan haben 2 200 ehemalige Hartz-IV-Empfänger die Chance auf eine überjährige öffentliche Beschäftigung, Asylbewerber können sich freier im Land bewegen und benachteiligte Kinder mit anderen Kindern gemeinsam lernen. Reiche Kommunen helfen künftig ärmeren Kommunen, Krankenhäuser

und Amtsgerichte haben in der Fläche des Landes eine Zukunft. Das verstehen wir unter Gemeinsinn.

(Beifall DIE LINKE)

Zugleich haben wir uns auf den Weg der Erneuerung des Landes gemacht. Wir haben Neuland betreten, indem wir neue Weichen in der Wirtschaftspolitik und -förderung gesetzt und die jahrelange, auch von Ihnen zu verantwortende Politik des Schuldenmachens gestoppt haben. Wir haben den Brandenburgerinnen und Brandenburgern neue Perspektiven im eigenen Land gegeben. Wir kümmern uns um Einheimische, Rückkehrer und Neu-Brandenburger gleichermaßen.

Wir haben Neues gewagt, indem wir in Brandenburg mutige Reformen im Justizbereich angepackt und eine moderne Rechtsstaatspolitik mit klaren linken Akzenten etabliert haben.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Gegen den Widerstand der CDU haben wir den Resozialisierungsansatz im Strafvollzug gesetzlich verankert und damit bei der Kriminalitätsverhütung und vor allen Dingen beim Opferschutz einen elementaren Schritt nach vorn getan.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

All das – ob es Ihnen gefällt oder nicht – wird dieses Land verändern, und das ist auch gut so. Genau das werden wir fortführen und ausbauen. Aber offenbar – Sie sind so erregt – passt Ihnen genau das nicht, meine Damen und Her-

ren von der CDU. Auch heute reden Sie das Land wieder schlecht und verbreiten miese Stimmung. Insbesondere Sie, Herr Kollege Dombrowski und Ihre Fraktion – es sind einige dabei, die die früheren Legislaturperioden durchaus noch kennen –, leiden unter kollektiver Amnesie und verdrängen jede Verantwortung für Ihre Hinterlassenschaft.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Dombrowski, Sie haben ein Leidensbild der Opposition im 5. Brandenburger Landtag gezeichnet. Der Opposition ging es noch nie so gut wie gegenwärtig!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ihnen ist der Realitätssinn abhandengekommen. Deshalb frage ich Sie: Merken Sie noch etwas? Sie wissen doch gar nicht, wie Opposition wirklich ist. Als Sie zehn Jahre mitregierten, bekam hier nicht ein Antrag der damaligen Opposition eine Mehrheit. Das ist die Wahrheit.

(Beifall DIE LINKE)

Heute dagegen gibt es Chancengleichheit. Die Ausschüsse tagen grundsätzlich öffentlich. Die Öffentlichkeit wollten Sie ursprünglich nie; jetzt aber nutzen Sie diese Möglichkeit. 15% aller Anträge, die die Opposition eingereicht hat, sind – in unterschiedlichen Konstellationen – mit einer Mehrheit bedacht worden. Das ist das Neue! Darauf wollte ich ausdrücklich hinweisen.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Senftleben [CDU]: Alles machen Sie?)

Blicken wir jetzt gemeinsam auf das, was wir bereits geschafft haben, aber auch auf das, was wir noch erreichen wollen; darauf sind Sie ja neugierig.

Gute Arbeit, gutes Wirtschaften – dafür steht diese Regierung, auch und gerade Wirtschaftsminister Christoffers. Bei den alljährlichen Potsdamer Wasserspielen am Wochenende lag das Boot der IHK – darauf saßen nur Wirtschaftsvertreter aus Brandenburg – ganz vorn. Wenn das kein Zeichen ist! Der brandenburgischen Wirtschaft geht es wahrscheinlich doch besser, als es das Bild suggeriert, das Sie gezeichnet haben. Anders formuliert: Der Wirtschaft geht es – trotz eines linken Wirtschaftsministers! – offensichtlich hervorragend.

(Bretz [CDU]: Da können Sie mal sehen, wie robust unsere Unternehmen sind!)

Im Übrigen – Herr Kollege Bretz, ich habe Sie vermisst – landete unser Boot knapp dahinter, an zweiter Position, während die CDU nicht einmal die Besatzung für ein Boot zusammenbekommen hatte.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf von der CDU: Sie machen Politik vom Wasser aus!)

Ich hatte ursprünglich gedacht, Ihr Spitzenkandidat werde heute hier stehen. Hoffentlich kommt Ihnen beim nächsten Wahlkampf nicht auch noch das Personal abhanden.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren! Brandenburg ist kein Billiglohnland mehr. Unser Leitgedanke „Gute Arbeit, gutes Wirtschaften“ greift Raum. Wir haben die Wirtschaftsförderung des Landes vom Kopf auf die Füße gestellt. Nicht kurzfristige betriebswirtschaftliche Effekte stehen im Zentrum, sondern die Menschen, die von ihrer Arbeit leben und ihre Familien ernähren müssen.

Wirtschaftsförderung wird zunehmend an Tarife und an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Sie zielt auf die Begrenzung der Leiharbeitsquote ab. Mit dem Vergabegesetz wollen wir erreichen, dass diejenigen, die im Auftrag des Landes arbeiten, dafür ordentlich bezahlt werden. Es ist bereits gesagt worden: Der erste Schritt sind die 8,50 Euro; dann wird es Zeit, auf andere Zahlen Kurs zu nehmen, 9 oder 10 Euro in den nächsten Monaten und Jahren.

Dann kommen Sie, Herr Schierack, daher und behaupten unter Hinweis auf dieses Gesetz, Brandenburg sei unter Rot-Rot “nicht sozialer, sondern ideologischer“ geworden. Mein lieber Herr Professor,

(Heiterkeit DIE LINKE und SPD)

wie wollen Sie diesen offenkundigen Unsinn irgendjemanden im Land erklären? Es ist den Menschen völlig egal, ob sie nun aus ideologischen oder aus sozialen Gründen mehr Geld im Portemonnaie haben. Nehmen Sie in der Bundespolitik endlich den Fuß von der Bremse, damit wir in Deutschland endlich den allgemeinen, einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn haben.

(Lebhafter Beifall DIE LINKE und SPD)

Sorgen Sie endlich dafür, dass die Menschen von dem Lohn ihrer Arbeit tatsächlich leben können! Es darf nicht sein, dass der Staat – und damit der Steuerzahler – wie im vergangenen Jahr in Brandenburg – die Zahlen der Agentur verlese ich jetzt – 475 Millionen Euro aus Steuergeldern aufbringen muss, um 65 000 „Aufstockern“ deren Aufstockungsbeträge zu zahlen. Das ist bisher eine staatliche Aufgabe; da sind die Unternehmen in der Pflicht. Das, was wir als Linke, Sozialdemokraten und Grüne wollen und im Bundestagswahlkampf vertreten, ist der richtige Weg.

(Beifall DIE LINKE, SPD und des Ministers Dr. Markov)

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Thema bewegt die Brandenburgerinnen und Brandenburger: die Energie und deren Kosten. Das spielte heute schon mehrfach eine Rolle. Brandenburg gilt als Musterland für erneuerbare Energien. Wir gehen aber auch hier neue Wege. Die sozial-ökologische Erneuerung Brandenburgs gelingt nur, wenn sie gemeinsam, offen und demokratisch mit den betroffenen Akteuren vorangetrieben wird. Das tun wir auf Industriekonferenzen, die zu Leitlinien für einen modernen, ökologisch orientierten und nachhaltigen Industriestandort führen werden. Das tun wir auf dem bevorstehenden Energietag in Cottbus, wo beraten wird, wie regionale Wirtschaft und Kommunen noch besser als bisher an der Energiewende teilhaben und Nutzen aus ihr ziehen können. Das tut Minister Christoffers mit seinen Energietouren, die es ermöglichen sollen, dass regio-

nale Energiekonzepte durch Akteure vor Ort erarbeitet werden. Das ist ein mühsamer Weg, aber er lohnt sich. Die Art und Weise, in der wir den Dialog führen, ist bundesweit spitze.

Wir schüren keine Angst vor dem Neuen. Diese Koalition ringt um Akzeptanz, während Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gemeinsam mit der FDP unter Verweis auf den Förderwettbewerb einen regelrechten Kreuzzug gegen die erneuerbaren Energien führen. Wir setzen uns auch für soziale Preise und Netzstabilität ein. Sie hingegen torpedieren permanent diese Ausgestaltung der Energiewende. Das, was Ihre Kanzlerin dazu momentan abliefern, sekundiert von ihrem Wirtschaftsminister, ist die blanke Arbeitsverweigerung. So wird die Energiewende in der Bundesrepublik scheitern.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren! Die CDU verweigert sich leider auch bei einem ganz anderen Thema, im Kampf gegen Rechts.

(Senftleben [CDU]: Jetzt reicht es aber langsam, Herr Kollege! – Dombrowski [CDU]: Horst Mahler, oder was?)

Dennoch wird es uns gelingen, die Brandenburger Verfassung dahin gehend zu ändern, dass Neonazis in Brandenburg kein leichtes Spiel mehr haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir haben die Initiative für die Aufnahme einer Antirassismusklausel in die Landesverfassung ergriffen. Liberale, Grüne, Sozialdemokratie und Linkspar-

tei haben sie gemeinsam auf den Weg gebracht. Nur die CDU ist diesen Schritt nicht mitgegangen. Das ist interessant: Während sie bei der Kriminalitätsbekämpfung die Prävention verächtlich macht, versteckt sie sich beim Kampf gegen den Rechtsextremismus hinter dieser Idee und denunziert Verfassungsfragen als „Symbolpolitik“. Es war zu lesen, die Mehrheit schieße über dieses Ziel hinaus. Und das ausgerechnet in der „Jungen Freiheit“, Herr Dombrowski! So wurden Sie am 23. Mai 2013 zitiert. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Gerade dort, wo Horst Mahler als Rechtsextremist seine Essays veröffentlicht, kommen Sie zu Wort. Darüber müssen Sie nachdenken!

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf von der CDU: Horst Mahler ist ein ganz schlechtes Beispiel!)

Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschafft und damit einen wichtigen Schritt getan, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nicht weiter als Menschen zweiter Klasse mit eingeschränkten Freiheitsrechten zu behandeln. Natürlich drücken uns die Probleme der Asylbewerberinnen und Asylbewerber jenseits der Freizügigkeitsfrage.

(Senftleben [CDU]: Sie machen nichts dagegen!)

Die Regierung leistet da – das wissen auch Sie genau, Herr Kollege Senftleben – gemeinsam mit den Kommunen harte Arbeit.

(Senftleben [CDU]: Sie machen nichts!)

Die Aufnahme einer steigenden Zahl von Asylbewerbern in den Landkreisen ist eine große Herausforderung für alle. In allen Kreisen wird intensiv daran gearbeitet, menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.

(Senftleben [CDU]: Das machen aber nicht Sie!)

Meine Damen und Herren! Neben vielem, was wir erreicht bzw. verändert haben, gibt es noch eine Menge Baustellen. Damit meine ich noch nicht den BER, sondern zum Beispiel die ganz alltägliche Frage, wann der gesetzlich versicherte Patient einen Termin beim Hautarzt bekommt oder wie der Landarzt in Lenzen einen Nachfolger für seine Praxis findet. Wenn Sie, Herr Kollege Büttner, und Ihr FDP-Gesundheitsminister lieber all Ihre Energie in die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte stecken und die Privatversicherten stärken wollen, sollten Sie sich hüten, anderen Kritik um die Ohren zu hauen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Frau Tack – Sie sprachen sie an – hat es gemeinsam mit der Koalition, aber mit wenig Unterstützung aus dem von Ihnen geführten Bundesministerium geschafft, den Erhalt aller Krankenhäuser in unserem Land möglich zu machen und die Krankenhausfinanzierung auf neue, verlässliche, nachhaltige Füße zu stellen. Unsere Aufgabe in den nächsten Monaten wird es sein, sie als Anker der

ambulanten Versorgung gerade in ländlichen Räumen zu stärken.

So engagiert, wie Anita Tack bei der Gesundheitswirtschaft arbeitet,

(Lachen bei der CDU)

kümmert sie sich auch um die Hochwasserschutzpolitik. Das wissen auch Sie. Die Bundesregierung wird am 2. September nicht weghören können, wenn Brandenburg auf der Sonder-Umweltministerkonferenz erneut ein Nationales Hochwasserschutzprogramm fordert.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Prof. Dr. Schierack [CDU]: Fordert!)

Herr Büttner, zum Kompass: Wahrscheinlich ist Ihnen bei der Eingabe in das Navigationssystem das Ziel abhandengekommen, als Sie Ihre Kritik vorgetragen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, eine, wenn nicht sogar die Schlüsselfrage für die Zukunft des Landes ist und bleibt jedoch der Bildungsbereich. Sowohl die frühkindliche Bildung als auch die Schul- und Hochschulausbildung in diesem Land stehen im zentralen Fokus dieser Koalition. Es geht in allererster Linie um ein ausreichendes, qualifiziertes und sehr gutes Lehr- und Ausbildungspotenzial.

Wir haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Personalschlüssel der Kita verbessert, haben Quereinsteigern den Zugang zum Erzieherberuf erleichtert. Wir haben die Sprachförderung verbessert, wissen aber auch, dass

wir noch einiges zu tun haben. Das werden wir auch tun.

Wenn es nach uns ginge, meine Damen und Herren von der Opposition – zumindest der, die von mir aus gesehen rechts sitzt –, würde auch das unsägliche Betreuungsgeld, das den Steuerzahler 2,2 Milliarden Euro kostet, in die Qualifizierung der Kitabetreuung gehören.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

– Ganz unruhig, ganz unruhig!

(Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

Im Schulbereich, Herr Kollege Büttner, erhalten wir die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 aufrecht. Ich erinnere mich noch daran, wie Sie damals lautstark – genauso wie jetzt – Ihre Zweifel vorgetragen haben, ob das gelingt. Es ist gelungen, und wir liegen sogar unter diesem Wert. Wir haben die Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften nicht nur deutlich erhöht. Mit dem Schuljahr 2014/15 – falls es uns gelingt, den Goldstaub wirklich zu finden – werden wir 2400 Lehrer eingestellt haben. 2400! Vorgenommen hatten wir uns 1250.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu Ihrer Kritik, wir würden den Goldstaub nicht finden, weil wir die Ausbildungskapazitäten nicht geschaffen hätten. Herr Kollege Senftleben, Sie waren Bildungspolitischer Sprecher. Sie haben damals die Kapazitäten der Lehrerausbildung auf einen Wert von 200 Referendaren gedrosselt. Der Kolle-

ge Rupprecht schmunzelt, weil er diese Zahlen genau kennt.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind jetzt bei 900. So viel zur Erweiterung unserer Kapazitäten.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Herr Kollege Senftleben, zum Schuljahr 2014/15 wird die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Grund- und Oberschulen reduziert. Damit lösen wir ein langjähriges Versprechen ein, das alle Vorgängerregierungen mit Verweis auf das fehlende Geld uneingelöst ließen. Rot-Rot hat es gemacht. Wir haben Ihr Versprechen jetzt eingelöst.

(Zuruf von der CDU: Nein, haben Sie nicht gemacht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Auch werden wir, meine Damen und Herren, wie es der Ministerpräsident vorhin angekündigt hat, zum Frühjahr 2014 die Mittel massiv – ich glaube, es ist für das zweite Halbjahr eine Größenordnung von fast 10 Millionen Euro, die wir im Nachtragshaushalt untersetzen müssen – einsetzen, um dem Unterrichtsausfall wirksam zu begegnen. Mit dieser Zahl werden wir in der Bundesrepublik den geringsten Unterrichtsausfall aller Bundesländer haben.

(Oh! bei der FDP)

Diese Statistik werden wir Ihnen nachreichen.

Bei der Inklusion kommt es jetzt auf Augenmaß und Verantwortungs-

bewusstsein an. Panikmache, wie ich sie heute hier von Ihnen gehört habe, ist völlig fehl am Platz. Mit den 84 bestehenden Pilotschulen sind wir einen wichtigen ersten Schritt gegangen. Ich glaube, auf dieser Grundlage werden wir dann die nächsten Schritte für eine inklusive Schule, für eine Schule für alle in Brandenburg entwerfen können.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Auch im Wissenschaftsbereich haben wir in den letzten Jahren viel getan. Hochschulen sind Orte von Innovation und wichtig für die Entwicklung von Brandenburg. Darum haben wir hier die Investitionen erhöht und mit dem Hochschulpakt die Finanzierung unserer Hochschulen auf eine langfristige, sichere und planbare Basis gestellt.

Mit der Neugründung – sie spielte ja vorhin wieder eine Rolle – der BTU Cottbus-Senftenberg sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschullandschaft

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

– das ist so –, wenngleich wir natürlich auch einige Lehren aus der Debatte zur Neugründung ziehen müssen. Solche Projekte können nur gemeinsam mit den Betroffenen angegangen werden. Ja, Herr Dombrowski, der Prozess der Neugründung war holprig gestartet. Aber wenn man den Informationen aus der Region glauben darf, ist diese neue Uni auf einem sehr guten Weg und wird sich in die Hochschullandschaft Brandenburgs einpassen und sie vor allen Dingen bereichern.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Das hat viel Geld gekostet und wird auch noch viel Geld kosten. Aber das wollen wir leisten, denn es ist gut angelegtes Geld, Geld, das unseren Kindern zugutekommt, die mit einer guten Ausbildung die Grundlage für die Zukunft des Landes legen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, das machen wir ohne neue Verschuldung. Ich weiß, wie Sie sich grämen, wäre es doch schön gewesen – Kollege Ness hat es vorhin auf den Punkt gebracht –, wenn Sie uns hätten vorführen können, wie wir, SPD und Linke, ungestüm Schulden machen. Daran wird seit 2011 nichts, und es bleibt dabei: Im nächsten Jahr sinkt die Nettoverschuldung auf die geplante Null, und dafür steht nicht zuletzt auch dieser linke Finanzminister, der mit uns gemeinsam, mit unserer Koalitionsfraktion eine vorbeugende, risikobewusste Haushaltsführung zu verantworten hat.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Unsere haushaltspolitische Strategie besteht darin, Prioritäten zu setzen und zu finanzieren, die im Ergebnis auf lange Sicht Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern.

(Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

Auch wenn jetzt ein Nachtragshaushalt im Gespräch ist, wird sich an dieser Linie nichts ändern. Sie wissen, dass wir Rücklagen gebildet haben, die uns jetzt erlauben, mit den Problemen und Her-

ausforderungen, Herr Büttner, am BER fertig zu werden, und das wird nicht zu Lasten anderer Einzelhaushalte gehen. Das werden Sie dann beim Entwurf des Nachtragshaushalts feststellen. Das heißt: Wir stopfen nicht nur Löcher, die durch die verspätete Inbetriebnahme entstehen, nein, wir investieren auch bewusst in den Lärmschutz.

Die Vereinbarung, die die Flughafengesellschaft mit den Umlandkommunen geschlossen hat, begrüßt die Linksfraktion außerordentlich. Wenn ich sage, die Politik der Koalition setzt sich bruchlos fort, dann gilt das auch beim Thema Nachtflug. Diese Aufgabe hat der neue MP, Dietmar Woidke, wie von diesem Hohen Haus gefordert, mit der Regierungserklärung ganz oben auf der Agenda, auch wenn Dietmar Woidke dem Aufsichtsrat nicht persönlich angehören wird. Sie können sich sicher sein, Herr Kollege Vogel, dass die Linke in dieser Koalition dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen wird, so wie wir das immer gemacht haben – meine Damen und Herren von der CDU, immer gemacht haben, auch in Oppositionszeiten, und das unterscheidet uns eben. Wir sind unseren Positionen treu geblieben. Bei Ihnen stelle ich manchmal einen gedrechselten Hals fest.

(Beifall DIE LINKE)

Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine finanzielle Erleichterung zulasten der Kommunen verschafft – Stichwort Hessen, schwarz-gelb regiert. Der Anteil der kommunalen Zuweisungen ist unter Rot-Rot in Brandenburg

stetig gestiegen – prozentual, aber was noch wichtiger ist: auch absolut. In Hessen sieht das ganz anders aus. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht in die kommunale Familie, im Ländervergleich eine enorme Leistung! Schauen Sie sich das schwarz-gelb regierte Hessen an. Soweit zu den Vergleichen.

Dennoch bleibt die Finanzausstattung der Kommunen deutschlandweit ein gewaltiges Problem, wie die Situation der öffentlichen Hand generell. Mit der Bundestagswahl am 22. September wird entschieden, ob mit weiteren Steuergeschenken für Millionäre und Großunternehmen die öffentlichen Haushalte weiter stranguliert werden oder ob wir endlich eine sozial gerechte Einnahmepolitik in Deutschland haben.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Dafür, Herr Kollege Senftleben, haben wir bereits viele Initiativen ergriffen und dafür sogar die Mehrheiten im Bundesrat für die Anhebung des Spitzensteuersatzes, für die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von zunächst 8,50 Euro, für die Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung und auch für den Vorrang der Erdverkabelung beim Netzausbau gefunden. Diesen Weg werden wir weitergehen. Schließlich geht es auch darum, den solidarischen Finanzausgleich gegen immer wiederkehrende Attacken – vor allem der unionsgeführten Geberländer – zu verteidigen.

Auch nach 2019 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit – ich betone: aller Länder – durch eine aufga-

bengerechte Finanzausstattung abzusichern. Wir wollen eine Verständigung zwischen den politischen Parteien in der Öffentlichkeit führen, ob ab 2019 ein Solidarpakt III für gefährdete Regionen in Ost und West möglich und durchsetzbar ist.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Wir haben aufmerksam zugehört, was die Bundeskanzlerin und die thüringische Ministerpräsidentin hierzu in letzter Zeit erklärt haben. Es wäre gut, wenn die Brandenburger Union auch hier im Land registrieren würde, was in diesem Zusammenhang aus linker Perspektive entwickelt worden ist. Es geht hier nicht um Wahlkampfgeplänkel, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die man ernsthaft diskutieren muss.

Meine Damen und Herren, die rotrote Landesregierung wird ihr Wort halten. Der Koalitionsvertrag ist das Versprechen, das Linke und SPD den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes für diese Legislaturperiode gegeben haben, und zwar allen Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur den eigenen Wählerinnen und Wählern.

Wenn sich die Opposition in diesem Land ereifert, wir hätten unseren Koalitionsvertrag schon jetzt zum größten Teil abgearbeitet, dann frage ich Sie:

(Zurufe von der FDP)

Was kann man sich als Regierung, was kann man sich als Regierungsfractionen, was kann man sich als Regierungsparteien eigentlich mehr wünschen als solch eine Bilanz?

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sollte aber damit die Hoffnung verbunden sein, dass uns nichts mehr einfallen wird, muss ich Sie enttäuschen. Es gibt im Land genug zu tun, das dürften Sie auch aus der heutigen Debatte gelernt haben. Wir werden Ihnen im Landtag keine politische Verschnaufpause gönnen, damit Sie sich möglicherweise getrost auf den Wahlkampf 2014 vorbereiten können; denn Dietmar Woidke hat heute deutlich gemacht, wie und wo es im Land weitergeht. Er wird dabei, wie Matthias Platzeck auch, eine starke, eine engagierte, eine konstruktive und ideenreiche Linke an seiner Seite haben, eine Linke, die sich dem demografischen Wandel stellt, die den Dialog zwischen den Generationen fördert und das Land attraktiv für den Zuzug junger Familien mit Kindern macht und dabei nicht nur den Speckgürtel, sondern auch die reizvollen Landschaften der Uckermark, der Lausitz, der Prignitz in den Blick rückt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sagen Investoren, Sponsoren und Fachkräften: Kommt nach Brandenburg, unser Land bietet Möglichkeiten und vor allem die Chance für jede und jeden! Wir wollen sie nutzbar machen und nutzen. Brandenburg ist nicht nur das Land der Seen und Alleen, sondern gleichzeitig ein Land voller Energien und engagierter Menschen.

(Beifall DIE LINKE)

Das alles lassen wir uns auch nicht von der Stimmungsmache der CDU, die heute hier zu vernehmen war, vermessen. Das wird den Brandenburgerinnen

und Brandenburgern einfach nicht gerecht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Görke. – Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel wird dies tun.

Axel Vogel

Vorsitzender der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Auch wenn einige Redebeiträge heute einen anderen Eindruck nahelegen, das Aufregendste an dieser Regierungs-umbildung dürfte eigentlich sein, mit wie wenig Aufregung sie über die Bühne gegangen ist. Es gibt auch gar keinen Grund zur Aufregung; denn ein Ministerpräsident ist gegangen, ein neuer Ministerpräsident ist gekommen. Das ist demokratische Normalität. Der Koalitionsvertrag ist der gleiche, die Ministerinnen und Minister sind fast alle dieselben. Ein Bruch mit der Vergangenheit fällt aus. Von Zäsur kann man in Brandenburg allenfalls mit Blick auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten reden. Glamour fällt zukünftig aus, fehlende Inhalte oder Politikversagen können nicht mehr mit Charme überstrahlt werden. Sorgen muss man sich deshalb nicht um das Land, sondern allenfalls um die SPD machen, deren Platzeck-Bonus in Zukunft wegfällt. Richtig ist deshalb, dass der Amtsantritt von Dietmar Woidke keinen inhaltlichen Bruch mit der rot-roten Vergangenheit, sondern deren logische Fortsetzung darstellt. Nichts anderes habe ich aus der Rede heute gehört.



Axel Vogel

Richtig ist genauso, dass sich die Koalition wie auch der Blick der Öffentlichkeit auf die Koalition in den letzten Jahren geändert haben. Nach vier Jahren Einarbeitungszeit oder – je nach Sichtweise – Verschleiß im Amt hat sich die 2009 noch von vielen Menschen als Tabubruch empfundene rot-rote Regierung zu einer ganz normalen Koalition gewandelt. Die Revolution ist ausgefallen. Was wir seitdem zu sehen bekommen, ist die Koalition zweier im Kern sozialdemokratischer Parteien, die aus guten historischen Gründen nicht miteinander fusionieren können. Da teile ich nicht die Auffassung von Herrn Dombrowski. Meine Auffassung, meine Wahrnehmung ist: Hier sind zwei Parteien, deren Positionen sich so angenähert haben, jedenfalls auf Landesebene, dass sie inzwischen nicht weiter auseinanderklaffen als die zwischen den Unterbezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord der SPD.

*(Zuruf der Abgeordneten Mächtigt
[DIE LINKE])*

In Brandenburg wurde mit Rot-Rot eine Koalition begründet – Frau Mächtig, dem werden Sie sich vielleicht anschließen können –, deren Partner sich nicht ergänzen, sondern in ihrem Schwerpunkt doppelten. Völlig nachvollziehbar haben SPD und Linke daher besonderes Gewicht auf überfällige Änderungen in der Sozialpolitik, das heißt hier auf die Bearbeitung sozialer Themen von Bildung bis Arbeitsmarkt, gelegt. Das mag man konstatieren. Aber dass hier versucht wird – das finde ich bedauerlich –, für die gesamten vier Jahre eine Erfolgsbilanz aufzumachen bei einer Koalition, die sich nach ihrem Fehlstart von Katastrophe zu Katastrophe hangelte, das grenzt dann doch ans Lächerliche. Kein Wort mehr davon, dass das zu Beginn der Legislaturperiode ausgegebene Leitmotiv der „inneren Versöhnung“ zunehmend absurd wurde, nachdem immer neu auftauchende Stasi-Akten zunehmend die Frage aufwarfen, wer sich hier eigentlich noch mit wem versöhnen sollte – die Bürgerrechtler mit ihren Peinigern von einst, die DDR-Bürger mit ihrer Geschichte, die SPD mit der Linken? Kein Wort zu den Ministerrücktritten, kein Wort zu der von Matthias Platzeck losgetretenen anachronistischen Ost-West-Diskussion, aber auch kein kritisches Wort zu katastrophalen Fehlentscheidungen des FBB-Aufsichtsrates und dessen Geschäftsführung, stattdessen Lob für die angebliche Umsicht und Zielstrebigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden Matthias Platzeck, stattdessen der Versuch, hier eine Erfolgsstory an den Mann und die Frau zu bringen, die einer Überprüfung nicht standhält. Be-

merkwürdig immerhin, dass das völlig fehlgeschlagene Programm Arbeit für Brandenburg von Ihnen schon gar nicht mehr erwähnt wurde, Herr Woidke. Hier sollte der Bund für einen öffentlichen Beschäftigungssektor zahlen, und die Landesregierung wollte sich die Meriten an die Brust heften. Dieses Vorhaben musste trotz bereitgestellter Millionenbeträge absehbar schiefgehen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Kaum besser die Debatte um den auch von uns unterstützten allgemeinen Mindestlohn. Wie erwartet spielte die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht mit. Das landeseigene Vergabegesetz wurde dagegen so lange auf die lange Bank geschoben, bis wir Grünen der Regierung mit einem eigenen Gesetzentwurf auf die Sprünge geholfen haben.

(Domres [DIE LINKE]: Ach Gott!)

Aber Ausführungsbestimmungen liegen bis heute nicht vollständig vor. Die für die Verwaltungskosten der Kommunen vorgesehenen Gelder liegen wie Blei auf den Landeskonten, unverändert bestehen ernste Zweifel, inwieweit das Gesetz in den Kommunen überhaupt 2012 zur Anwendung kam.

Die als Riesenerfolg angeführte Einstellung von 2000 neuen Lehrern seit 2009 ist unverändert eine Mogelpackung – das haben schon meine Vorredner angesprochen –, neue Lehrer sind nicht zusätzliche Lehrer, in Wirklichkeit sind im selben Zeitraum über 3000 Lehrkräfte ausgeschieden. Die Landesregierung baute weitere Lehrerinnen- und Lehrerstellen ab, berücksichtigt erfor-

derliche Neueinstellungen für die Inklusion nicht und hat keine Vorsorge für den absehbar hohen Bedarf an Lehrern in den nächsten Jahren getroffen. Jetzt kündigen Sie erfreulicherweise, Herr Dr. Woidke, weitere Einstellungen zum Abbau des Unterrichtsausfalls an. Das ist sehr begrüßenswert. Doch schon für die ab 2014 bislang benötigten 1 000 neuen Lehrkräfte pro Jahr stehen nur 450 im Land ausgebildete Absolventen bereit. Wie soll das gehen?

Im Kita-Bereich hat uns die geringfügige Verbesserung des Betreuungsschlüssels – Herr Büttner hat das bereits ausgeführt – im Ländervergleich von Platz 16 auf Platz 16 katapultiert. Weitere Schritte hin zu einer Verbesserung der Kita-Betreuung, bessere Personalschlüssel, bessere Sprachförderung, mehr Freistellungen für Leitungstätigkeiten, lässt die Landesregierung nicht erkennen.

*(Zuruf der Abgeordneten Kaiser
[DIE LINKE])*

Aber genau dies wäre hier erforderlich, um den Anspruch auf bessere Kita-Plätze einzulösen.

Und zu guter Letzt das Schüler-BAföG, ein Programm, das hohe Bürokratiekosten mit sich bringt und ähnlich dem Betreuungsgeld der Bundesregierung nur mit gutem Zureden unter die Leute gebracht werden kann. Wie man allerdings ohne Evaluation, alleine aufgrund der Tatsache, dass man das Geld am Ende doch noch losgeworden ist, den Schluss ziehen kann, ein sozial erfolgreiches Projekt hingelegt zu haben, das erschließt sich uns nicht.

(Beifall B90/GRÜNE)

Einzig die finanzielle Konsolidierung ist als Erfolg zu verbuchen. Dahinter stehen aber auch unverändert hohe Transferleistungen durch Solidarpakt und Länderfinanzausgleich wie auch verbesserte Steuereinnahmen aufgrund einer insgesamt positiven Konjunktur, die auch bei uns durchschlägt. Dabei verkennen wir nicht, dass die Startbedingungen für Rot-Rot aufgrund der Bankenkrise 2009 und des damit verbundenen Konjktureinbruchs nicht besonders üppig waren.

In der heutigen Diskussion sind die genannten Punkte sicher nachrangig, denn viel bedeutsamere Folgen von Fehlentscheidungen werden erst in den nächsten Jahren offen zu Tage treten.

Wir sagen auch sehr deutlich: Dietmar Woidke tritt ein schweres Erbe an, das in dieser Legislaturperiode mit Sicherheit auch nicht mehr zu einem guten Ende gebracht werden kann.

(Oh! bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Konzentrieren wir uns also auf diejenigen Hypotheken, deren Bearbeitung keinen langen Aufschub duldet.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie das Projekt Flughafen innerhalb eines Jahres zu Ende bringen! Das glaube ich nun wirklich nicht.

Das Thema Flughafen BER hatte der Ministerpräsident bereits angesprochen. Laut Koalitionsvertrag sollte dieses „wichtigste Infrastrukturprojekt der Region“ 2011 in Betrieb gehen – so viel zur relativen Bedeutungslosigkeit von Koalitionsverträgen.

Aber wo stehen wir denn heute, nach elf Jahren Wirken von Matthias Platzeck im Aufsichtsrat? Es gibt keinen Eröffnungstermin, es gibt keine belastbare Kostenschätzung, es gibt keine Geschäftsführung – doch, es gibt eine Geschäftsführung, in der allerdings die Fetzen fliegen –, es gibt keinen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden vom Fach, die Brandschutzanlage funktioniert immer noch nicht und der Drehkreuzaspirant AIR Berlin hat finanzielle Schlagseite und verkauft ein Flugzeug nach dem anderen. Umsicht und Zielstrebigkeit?

Obendrauf haben wir jetzt noch einen von Matthias Platzeck berufenen „Hans Dampf in allen Gassen“ als Geschäftsführer, der immer neue Ideen gebiert. Besonders schön hat dies letzte Woche der Berliner Abgeordnete Evers für Mehdorns Idee der Offenhaltung von Tegel auf den Punkt gebracht: Das sei anfangs „eine geniale Kommunikationsstrategie“ gewesen, um von den BER-Problemen abzulenken. Jetzt überziehe Mehdorn aber.

Ich gewinne, ehrlich gesagt, zunehmend den Eindruck, dass der ganze Mehdorn Bestandteil einer Kommunikationsstrategie ist, um von den BER-Problemen abzulenken.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Wie aus dem Buch des Flughafenarchitekten Gerkan immer deutlicher wird, haben Politik und Geschäftsführung das Großprojekt BER mit einer Kakophonie von Anweisungen und immer neuen Änderungswünschen gemeinsam vergeigt. Und wie aus dem Bericht des ehemaligen Controllers Roth deutlich wird, wur-

den Controllingberichte geschönt, um zu verhindern, dass die Politik aus der katastrophalen Situation die richtigen Schlüsse zieht und der Geschäftsführung das Handwerk legt.

Das von Matthias Platzeck mit zu verantwortende verbissene Festhalten an FBB-Geschäftsführer Schwarz ist mitursächlich für die mehrjährige Verzögerung der Eröffnung, die sich auf über eine Milliarde Euro Zusatzkosten für den Steuerzahler aufsummieren wird – ein Schaden, der nonchalant an den Steuerzahler weitergereicht und die Einnahmeüberschüsse Brandenburgs der letzten Jahre aufzehren wird.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie, Dr. Woidke, nicht in den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft eintreten wollen. Mit der Entsendung des Staatssekretärs Bretschneider haben Sie sich aber zugleich selbst den Weg verbaut, einen qualifizierten Manager auf Brandenburger Ticket an die Spitze zu rücken, einen Manager, für den die fachgerechte Abwicklung von Großprojekten zum Alltagsgeschäft gehört oder zumindest gehörte. Öffnen Sie die Blackbox BER! Sorgen Sie jetzt wenigstens für einen rückhaltlosen Kassensturz und die Offenlegung der Business-Pläne. Verabschieden Sie sich von dem Glauben, dass dieser Flughafen jemals Erträge abwirft, wenn man ihn nur groß genug macht!

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Überlassen Sie die Großmannsucht anderen und sorgen Sie dafür, dass dieser Flughafen in seiner Kapazität an die Lage im urbanen Raum angepasst wird und nicht umgekehrt.

Das Thema Schallschutz haben Sie angesprochen. Ausgeblendet blieb, dass – im Gegensatz zu den Auflagen aus dem Planfeststellungsbeschluss und vollmundigen Ankündigungen – die Flughafengesellschaft wenig bis gar nichts gemacht und die Aufsichtsbehörde im MIL tatenlos zugehört hat. Bis heute wurde keine einzige – in Ziffern: 0 – Schallschutzmaßnahme für den Tagschutz abgeschlossen – bei einem Flughafen wohl gemerkt, der schon seit zwei Jahren in Betrieb sein sollte.

Zu Herrn Görke: In Wirklichkeit werden 80 % der Betroffenen überhaupt keinen baulichen Schallschutz, sondern eine begrenzte Entschädigung erhalten. Auch das muss man sagen, auch das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen.

Dafür, dass beim Thema Lärmschutz endlich Rechtsfrieden einkehrt und die Trickereien zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger ein Ende haben, spricht allerdings nichts. Seelenruhig lässt der Aufsichtsrat Mehdorn gewähren und Nichtzulassungsbeschwerde gegen das OVG-Urteil einlegen, während dieser gleichzeitig den Bürgermeistern vor Ort verkündet, dass er sich an das OVG-Urteil halten wolle. Na, was denn nun? Herr Ministerpräsident, sorgen Sie für Klarheit!

(Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

Auch beim Volksbegehren für ein landesplanerisches Nachtflugverbot warten wir auf positive Ergebnisse. Aber statt jetzt mit dem erfolgreichen Volksbegehren und dem Landtagsbeschluss

im Rücken eine starke Position aufzumachen und eine Frist für die Verhandlungen zu setzen, geben Sie mit Ihrer heutigen Rede auch noch die Option einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses im Alleingang aus der Hand. Das ist wahrlich kein guter Beginn.

Hypothek Nummer 2: die Bildungspolitik. Immer noch bricht jeder 12. Schüler seinen Schulbesuch vorzeitig ab oder beendet seine schulische Laufbahn ohne Abschluss. Die Landesregierung weiß, dass für eine signifikante Reduzierung der Schulabbrecherzahlen die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden muss. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag. Und die Antwort heißt zunächst einmal: Pilotschulen Inklusion.

Die 84 Pilotschulen sind bis 2014 gesichert, aber wie es dann weitergehen soll, steht in den Sternen. Hunderte zusätzliche Lehrkräfte würden benötigt, wenn man das Pilotmodell auf alle Schulen übertragen würde. Aber hier greift ein zentrales Problem Brandenburger Bildungspolitik. Für Pilotprojekte werden ausreichend Personal und Finanzen zur Verfügung gestellt, aber wehe, die Pilotphase ist beendet und die Ergebnisse sollen verallgemeinert werden! Dann müssen die vorhandenen Bildungsträger die neuen Leistungen weitgehend mit dem vorhandenen Personal erbringen.

Bei dem Pilotprojekt Inklusion sind die offenen Fragen nach dem Übergang in die weiterführenden Schulen, nach Betreuung im Hort und dem weiteren Fortgang nach Ende des Inklusionsprojekts weiterhin unklar. Die Ministerin

schreibt trotz ihrer ursprünglichen Ankündigung Inklusion nicht im Schulgesetz fest und entwirft keinen Plan für die weiteren Schritte nach dem Auslaufen des Projekts.

(Beifall B90/GRÜNE)

Aus diesen Erfahrungen resultiert auch unsere Forderung, Inklusion endlich im Schulgesetz zu verankern. Herr Dr. Woidke, übernehmen Sie!

Freie Schulen: Dass staatlich und öffentlich nicht zwangsläufig deckungsgleich ist, fällt der Sozialdemokratie und den Linken traditionell ohnehin schwer zu verstehen. Insofern verwunderte bei der traditionellen Fixierung auf die staatlichen Schulen nicht, dass die Schulen in freier Trägerschaft im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt sind. Dabei sind Freie Schulen auch in Brandenburg häufig der Innovationsmotor, nicht nur in puncto Inklusion.

Nicht von ungefähr haben in den letzten Jahren Freie Schulen in Neuruppin und Templin Bundespreise eingeleistet. Daher war nicht zu erwarten, dass Rot-Rot an dieser Stelle in den Kulturkampf einsteigen und versuchen würde, mit Mittelkürzungen den Freien Schulen den Hahn abzudrehen und so nebenbei lästige Konkurrenz für das staatliche Schulsystem loszuwerden. Inzwischen liegt der Fall zur Entscheidung vor dem Verfassungsgericht. Aber verfassungsgerichtliche Entscheidungen herbeizuführen ist immer nur das letzte Mittel in politischen Auseinandersetzungen. Herr Dr. Woidke, Sie hätten es in der Hand, hier eine politische Lösung herbeizuführen.

Die berühmte Hochschulpolitik: Im Hochschulbereich liegt der Anteil der Ausgaben am Gesamthaushalt mit Abstand hinter der in allen anderen Bundesländern – schlimm genug –, aber gerade in dem Moment, als mit doppelten Abiturjahrgängen und Wegfall der Wehrpflicht der Ansturm auf die Hochschulen des Landes am größten wurde und die Hochschulen zumindest temporär mit mehr Geld hätten ausgestattet werden müssen, schlug die Sparkeule zu. Statt 12 Millionen Euro Mehrausgaben, wie noch in der Koalitionsvereinbarung formuliert, wurden die Hochschulen seit 2010 mit einer 12 Millionen Euro hohen globalen Minderausgabe malträtiert, bis diese 2013 für den Rest der Legislaturperiode titelscharf festgeschrieben wurde. Herr Dr. Woidke, der Nachtragshaushalt ist angesprochen worden, beenden Sie diese unhaltbare Situation!

Energiepolitik und Braunkohle: Ich spare mir jetzt weitestgehend die klimapolitische Diskussion. Allen Energiestrategien zum Trotz droht der seit Beginn der Legislaturperiode kontinuierlich weitergehende Anstieg des Ausstoßes des Treibhausgases CO² die von Rot-Rot bereits aufgeweichten Ziele für 2020 erneut Makulatur werden zu lassen.

Heute geht es um etwas anderes. Wer Augen hat zu sehen, der sieht, dass Vattenfall auf dem besten Wege ist, sich in den nächsten Jahren aus der Lausitz zu verabschieden. Zunehmend geringer ist die Bereitschaft des Eigentümers Schweden, sich für die Dorfzerstörungen und Umweltschäden in Brandenburg in die moralische Mithaftung nehmen zu lassen. Unverkennbar ist ge-

nauso, dass trotz der Milliarden Gewinne der letzten Jahre die Bereitschaft Vattenfalls denkbar gering ist, sich den Risiken der Energiewende für seine Braunkohlesparte weiter auszusetzen.

Die Vattenfall-Manager Løseth und Hatakka haben viel klarer erkannt, als es die IG BCE und vermutlich auch Herr Ness wahrhaben wollen, dass das aktuelle Zwischenhoch bei der Braunkohleverstromung eine letzte Scheinblüte darstellt, eine Scheinblüte allerdings, die einem Verkauf des Lausitzer Braunkohlebetriebs gerade zupass kommt. Deshalb wäre, ganz abgesehen von der klimapolitisch verheerenden Wirkung, eine Genehmigung neuer Tagebaue auch das falsche Signal an den Vattenfall-Konzern. Eine solche Genehmigung würde die Bergwerkssparte für den Verkauf aufhübschen und Vattenfall den Absprung aus Brandenburg auch noch vergolden. Wer Vattenfall im Lande halten will, wer nach den fetten Jahren billiger Emissionen und satter Renditen den Hauptprofiteur der Ausbeutung der Lausitz, den Konzern Vattenfall, in die Pflicht nehmen will, der muss jetzt aus eigenem Interesse das Genehmigungsverfahren beenden.

(Beifall B90/GRÜNE)

Sehr geehrter Herr Dr. Woidke, niemand erwartet von Ihnen eine sofortige Absage an die Braunkohleverstromung. Auch wir Grünen haben keinen Zweifel daran, dass die Braunkohle, wenn auch in ständig sinkenden Mengen, bis auf Weiteres zur Verstromung genutzt wird. Wie lange dies dann am Ende noch sein wird, darüber lässt sich trefflich streiten.

Herr Ness, die Umfrage von forsa besteht ja nicht nur aus bunten Bildern, die Sie vielleicht angeguckt haben, sondern es gibt auch Detailzahlen, die ich Ihnen einfach einmal zur Lektüre empfehle. Demnach halten 9 % – nur 9 %! – der Lausitzer die Braunkohle für notwendig und unverzichtbar. 41 % der Lausitzerinnen und Lausitzer sind der Auffassung, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen. 39 % sehen es andersherum. Das klingt doch schon ganz anders, als das, was Sie dargestellt haben.

(Beifall B90/GRÜNE)

Eines sollte Ihnen als Lausitzer klar sein: Wenn zwei Drittel – und das sind dann die bunten Bilderchen – der befragten Sachsen die Lage in ihrem Bundesland Sachsen als gut einschätzen, wenn lediglich 40 % der befragten Lausitzer aus Brandenburg die Lage im Bundesland Brandenburg als gut einschätzen, aber nur 29 % der befragten Lausitzer insgesamt die Lage in der Region Lausitz als gut einschätzen, wenn nach zwei Dekaden Aufpöppelung der Braunkohle Arbeitslosigkeit und Abwanderung in der forsa-Umfrage unverändert als größte Probleme in der Region eingestuft werden, dann ist es doch allerhöchste Eisenbahn, in eine andere Entwicklungslogik einzusteigen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Dabei ist der Strukturwandel weg von der Kohle hin zu neuen Arbeitsplätzen in anderen Industriezweigen der Lausitz längst angelaufen. Das blenden wir doch nicht aus. Angesichts sinkender EU-Mittel muss jetzt aber die ver-

bliebene Zeit zum Aufbau weiterer alternativer Erwerbsarbeitsplätze genutzt werden. Am schlimmsten wäre es, weiter der Illusion nachzuhängen, dass die Arbeitsplätze in der Braunkohle auf lange Zeit, auf lange Sicht abgesichert werden können. Mit solchem Wunschdenken wurde schon die Neustrukturierung des Ruhrgebiets um Jahrzehnte verzögert – mit Milliardenkosten für die Verbraucher.

Herr Dr. Woidke, nehmen Sie Vattenfall und seine Angestellten mit in das neue Zeitalter der erneuerbaren Energieversorgung! Geben Sie den Menschen in der Lausitz die Sicherheit, dass Vattenfall bleibt und mit den Brandenburgern die Energiewende gestaltet! Verbinden Sie das schwedische Ansinnen, die CO²-Emissionen drastisch zu verringern, und unser gemeinsames Ziel, Vattenfall im Lande zu halten! Packen Sie die schwedische Regierung bei ihrer sozialen Verpflichtung! Präsentieren Sie mit einem zeitlich überschaubaren Ausstiegsszenario aus der Braunkohle den Schweden die Möglichkeit, Geschäft, klimapolitische Zielsetzungen und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden! Wir unterstützen Sie dabei gerne.

(Beifall B90/GRÜNE)

Genauso gern unterstützen wir Sie beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Fakt ist, dass dieser Ausbau zum Erliegen kommt. Die ausgewiesenen Windeignungsfelder sind prop-penvoll, die Zielvorgabe 2 % der Landesfläche für Windenergie ist mangels Personals und Kapazitäten in den Regionalen Planungsgemeinschaften in die

Zukunft vertagt. Demnächst wird der Zubau von Windkraftanlagen vollständig zum Erliegen kommen, weil die Flächen fehlen.

Fakt ist auch, dass der fehlende Netzausbau im 110-kV-Bereich seit Jahren bejammert und beklagt wird und hierfür der Bürgerwiderstand verantwortlich gemacht wird. Tatsächlich liegt aber seit Jahren kein einziger Genehmigungsantrag von E.ON edis und envia für den Netzausbau vor. Nutzen Sie Ihre neue Macht und lösen Sie diese Widersprüche auf!

Zur Landwirtschaftspolitik: Was vor vier Jahren in dieser Form noch nicht vorhersehbar war: Die landwirtschaftlichen Flächenpreise explodieren, Grund und Boden sind zum Spielball für Spekulanten geworden. Mancherorts bieten die Finanzinvestoren einer neuen Agrarindustrie schon mehr als 25 000 Euro für einen Hektar Land. Das sind Preise, die durch landwirtschaftliche Arbeit nie und nimmer refinanziert werden können, die auf Spekulationen, falsche Förderanreize und eine verfehlte Privatisierungspolitik zurückzuführen sind.

Parallel steigen die Anträge auf Zulassung von Anlagen einer industrialisierten Massentierhaltung. 100 000 Hühner auf einem Fleck werden langsam die Regel. Immer mehr Schweine werden in immer weniger Betrieben, durchrationalisierten Betrieben, mit minimalen Arbeitsplatzeffekten gehalten. Brandenburg wird zum Eldorado für Hühnerbarone und Schweinemäster, die andernorts ihr Feld räumen müssen.

Inzwischen belegt unsere Landwirtschaft aufgrund dieser Konzentration in

der Flächenproduktivität und der Zahl der Arbeitsplätze den drittletzten Platz in Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Folgart [SPD])

Unsere Landwirtschaft nähert sich Strukturen an, die den Großgrundbesitz des 19. Jahrhunderts weit übertreffen, Herr Folgart. Wenn der Landrat des Kreises MOL – wohl wirklich kein grüner Parteigänger – inzwischen beklagt, dass mehr als 20% der landwirtschaftlichen Nutzflächen seines Kreises in der Hand von drei Betrieben sind, dann wird auch erkennbar, wie viel gesellschaftliche Macht in wenigen Händen konzentriert wird.

Stoppen Sie den Ausverkauf der Agrarflächen! Nutzen Sie die Möglichkeiten des Siedlungsgesetzes und sorgen Sie dafür, dass diese Flächen ausschließlich dafür genutzt werden, gezielt bäuerliche Strukturen in Brandenburg zu fördern! Wir haben genug Großbetriebe.

Lassen Sie mich neben diesen schweren Hypotheken auf zwei weitere Punkte eingehen: die Flüchtlingsunterbringung und die Wahrung der Minderheitenrechte der Sorben und Wenden in unserem Land.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen kann man getrost von einer dramatischen Situation, aber auch von Stillstand und Nichtumsetzung von Landtagsbeschlüssen sprechen. Mit den Kommunen konnte keine Verständigung über das Unterbringungskonzept des Landes erzielt werden. Gleichzeitig ist die Zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt überfüllt und die Zahl der Flüchtlinge steigt weiter.

Wir hatten gerade die Diskussion über die syrischen Flüchtlinge. Gerade weil Sie sich erklärtermaßen für ein offenes und tolerantes Brandenburg einsetzen, muss hier dringend was geschehen, und ich bin sicher, dass es bei Ihnen auch in guten Händen ist.

(Beifall B90/GRÜNE)

Und kümmern Sie sich bitte darum, dass die Diskussion über das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben nicht aus dem Ruder läuft. Die Anerkennung und Absicherung von Minderheitenrechten kann nicht der Mehrheitsentscheidung vor Ort überlassen bleiben. Wenn der Bürgermeister von Lubin, auch Lübben genannt, das die Kriterien für die Einordnung in das sorbische Gebiet erfüllt, allen Ernstes die Ansicht vertritt, dass das Sorbentum nur der touristischen Vermarktung dienen, aber keine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik haben darf, dann ist eine Grenze überschritten. Brandenburg darf nicht zum Gegenstand europaweiter Kritik werden, die Minderheitenrechte sind zu gewährleisten. Dr. Woidke aus Baršć, handeln Sie!

Natürlich müsste in den nächsten zwölf Monaten auch noch viel in puncto schnelles Internet geschehen; das hat die CDU angesprochen. Ausgestaltung der EU-Förderung, Sie haben es auch angesprochen. Diese Punkte werden wir in dieser Debatte nicht mehr angemessen behandeln können, es fehlt die Zeit. Aber diese Aufzählung macht auch deutlich, dass es mit der vorgeblichen Abarbeitung des Koalitionsvertrages noch nicht so weit her ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Rede wäre unvollständig, wenn ich nicht die Gelegenheit nutzte, allen Respekt vor der Entscheidung von Matthias Platzeck zu bekunden, aus den bekannten gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Jeder hier im Saale weiß um die politischen Differenzen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Matthias Platzeck haben und gehabt haben. Das fängt bei der fatalen Lobbypolitik für die Braunkohle an und hört bei dem Ausblenden eigener Verantwortung für das BER-Desaster noch lange nicht auf. Aber wir sagen auch: Mit Matthias Platzeck hatte dieses Land lange Jahre einen hervorragenden, einen herausragenden Umweltminister, der mit seinem Eintreten für einen modernen integrativen Naturschutz die Naturschutzpolitik im europäischen Maßstab veränderte. Mit der Ausstrahlungskraft des Brandenburger Beispiels wurde der Naturschutz bundesweit vom Kopf auf die Füße gestellt. Hierfür hat er in den 90er-Jahren zu Recht Naturschutzpreise und bundesweit Auszeichnungen verliehen bekommen.

Für uns Grüne ist allerdings festzuhalten, dass die mit dem Aufstieg von Matthias Platzeck in der SPD-Führung bis hoch in den Bundesvorstand und die mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes verbundene Hoffnung, dass hier ein Mann sich anschickt, eine Partei und ein Land zu verändern, die alte Tante SPD und die alte Mark gleichermaßen zu modernisieren und inhaltlich neu auszurichten hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit, des Gleichklangs von sozialer und demokratischer Teilhabe, der

Verbindung von ökologischen und ökonomischen Zielen, sich nicht erfüllt hat. Hier hat – das nehmen wir sehr bedauernd zur Kenntnis – nicht der Mensch das Amt geformt, sondern – wie es häufig ist – ein Amt den Menschen.

Visionäre Zielvorgaben gab es schon lange nicht mehr. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde nicht in den Mittelpunkt der Politik der Staatskanzlei gestellt, sondern ins Umweltministerium abgeschoben. Die Tagespolitik hat sich zunehmend im Klein-Klein begrenzter Haushalte und im Abarbeiten hasenfüßiger Koalitionsverträge erschöpft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Da ist der neue Platzeck!“, so ein Bürger laut „MOZ“ vom 24. August, als er unvermittelt auf den da noch designierten neuen Ministerpräsidenten Woidke stieß. Das bringt ein grundsätzliches Problem auf den Punkt: Ministerpräsidentenamt und Person waren im Lande mit den Jahren zu einer Einheit verschmolzen. Mit einem Bekanntheitsgrad hart an der 99-%-Marke hat Matthias Platzeck alle anderen Landespolitiker hinter sich gelassen. Wir anderen sind alle mediale Zwergge. Doch die Gleichsetzung von Mensch und Amt ist in unserer Demokratie fatal.

Sie bestärkt viele Menschen noch in ihrer Auffassung, dass der Mensch an der Spitze allein entscheidet. Völlig verloren geht dabei das Bewusstsein, dass unsere Demokratie die nach demokratischen Grundsätzen arbeitenden Parteien benötigt, Parteien, in denen Posten und Ämter nicht vererbt, sondern in einem demokratischen Willensbildungsprozess vergeben werden,

(Beifall B90/GRÜNE)

einem Willensbildungsprozess, in dem Alternativen, auch personelle Alternativen, auf breiter Basis diskutiert und entschieden und nicht nur Hinterzimmerabsprachen auf Parteitag abgesegnet werden.

Gerade der SPD, die seit über 20 Jahren die Politik hier im Lande dominiert, käme hier eine besondere Verantwortung zu. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Matthias Platzeck seiner Partei die Zeit gibt, über solche Alternativen zu diskutieren: Wie ist die Lage im Land? Wo will die SPD auf welchen Wegen hin? Und wer sind die geeigneten Persönlichkeiten, um diesen Weg zu gehen? – angesichts der dünnen Personaldecke der SPD im Prinzip ziemlich risikolos; denn zumindest an Dietmar Woidke – und das sage ich durchaus anerkennend – hätte letztendlich kein Weg vorbeigeführt. Aber genau diese Diskussion ist ausgefallen.

Nehmen wir nur einmal als Beleg den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Ralf Holzschuher, der in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, im Interview wohlgermerkt, vom 3. August erklärte, dass er am Samstag erfahren habe, dass er Innenminister werden soll. Von wem er das erfahren hat, vernehmen wir nicht. Aber es wird deutlich, dass der Chef des parlamentarischen Zentrums der Landes-SPD an solchen Entscheidungen nicht etwa mitwirkt, sondern sie ihm mitgeteilt werden. Und was macht der Fraktionsvorsitzende Holzschuher? Ruft er etwa seinen Stellvertreter an, berät sich mit ihm und diskutiert über mögliche Nachfolger in seiner Funktion? Anscheinend kein Ge-

danke. Er redet – das ist sein Zitat – mit seiner Frau und sagt am Sonntag zu. Er musste ja auch keinen Gedanken an seine Nachfolge verschwenden, weil die informelle Führungsrunde sich längst auf Herrn Ness als Nachfolger geeinigt hatte.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Es ist diese Vermischung von Parteilarbeit, Fraktionsarbeit und Regierungsfunktionen, die Konzentration der Entscheidung auf kleine Zirkel, die unser parlamentarisches System langsam, aber stetig auszuhöhlen droht, und deswegen ist es nicht nur eine Sache der SPD.

(Beifall B90/GRÜNE – Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Diese Kritik am Zustandekommen des Personaltableaus möchte ich deutlich trennen von einer Bewertung des neuen Ministerpräsidenten. Der Wechsel zu Dietmar Woidke, dem als Allererstes der Ruf der unaufgeregten Bodenständigkeit vorausseilt, ist zunächst eine Chance, das Land pragmatisch bis zum Ende der Legislaturperiode zu führen. Gerade auch, weil niemand und zuallerletzt wir Bündnisgrünen Dietmar Woidke als Repräsentanten einer modernen SPD einstufen, weil wir keine besonderen Erwartungen einer Neuausrichtung der Brandenburger Politik an ihn hegen, hat er alle Chancen, haben Sie alle Chancen, uns positiv zu überraschen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass der Agrarökonom Dr. Woidke als Agrar- und Umweltminister eine ganze Menge Leu-

te mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Agrarbereich nicht gerade begeistert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Folgart [SPD] sowie weitere Zurufe von der SPD)

– Da kenne ich mich auch gut aus, Herr Folgart, da können Sie sicher sein.

Aber wir konstatieren, dass er als Innenminister ein ganz anderes Bild abgegeben hat. Das Innenministerium gilt heute als gut geführtes Haus. Herrn Woidke gelang es, die Diskussion über die Polizeistrukturereform zu versachlichen und überzogene Einsparvorgaben zurückzunehmen. Aber nicht nur das. Als ein ehemaliger Stasi-Aktivist nach dem anderen in der Polizei aufflog, hat er sich gegen die erklärte Position von Matthias Platzeck für verdachtsunabhängige Überprüfungen stark gemacht und mit Erfolg auf eine Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gedrängt. Die Bewerber für die neu zu vergebenden Führungspositionen in der Polizei wurden überprüft und Konsequenzen gezogen. „Denn das lag auch und gerade im Interesse der Polizei selbst“, wie er damals zu Recht verkündete. Das war jetzt ein wörtliches Zitat. Während andere Kabinettskollegen die Hände in den Schoß legten, hat Dietmar Woidke hier Rückgrat gezeigt.

Als die Polizei in Neuruppin in einer wahrhaft missglückten Aktion rund 300 Demonstranten, die sich einem Naziaufmarsch entgegenstellten, einkesselte und erkennungsdienstlich behandelte, hat er die Kritik nicht einfach abgeburstet, sondern Konsequenzen gezogen.

Seitdem hat es trotz einer Vielzahl von Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche keinen vergleichbaren Fall mehr gegeben. Ich denke, das kann, das muss auch gesagt werden, und man muss seine heutige, auch heute wieder klare Positionierung gegen den Nazispuk würdigen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Aber dennoch: Die heutige Regierungserklärung hatte – freundlich gesagt – ihre Lücken. Sie war in viele Worte gekleidete Inhaltsleere und zumeist nicht mehr als ein Recycling früherer Verlautbarungen der Staatskanzlei.

(Zurufe von der SPD)

Auch wenn ich zugebe, dass man Rotbuschtee mehrfach aufbrühen kann – irgendwann wird er schal und geschmacklos. Soweit Probleme benannt wurden, wurde keine Lösung präsentiert. Außer der Nothilfe für den Unterrichtsausfall – ich hatte es angesprochen, es steht in den Sternen, wie das dann abgesichert werden soll, aber immerhin – wurde kein neues Projekt präsentiert.

Wir benötigen aber keine Stillstandskoalition, die noch den nächsten Wahltermin erreichen will, sondern eine Regierung, die sich nicht scheut, auch von ihr selbst verursachte Probleme anzusprechen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Und das war erkennbar heute noch nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Aufgabe war es nicht und ist es auch heute nicht, ein grünes Regie-

rungsprogramm zu entwerfen und Rot-Rot daran zu messen. Ein grünes oder grün-rotes oder rot-grünes Regierungsprogramm kann man nur mit den Grünen in der Regierung haben.

(Zurufe von der SPD und von der Fraktion DIE LINKE)

Das ist bei einer Regierung, die in ihrer Koalitionsvereinbarung den Begriff der Nachhaltigkeit umschiffte wie die Nordatlantikfahrer die Eisberge, erkennbar nicht der Fall. Und auch Ihnen, Herr Dr. Woidke, kam der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wie auch der Begriff Umwelt heute nicht über die Lippen. Den Entwurf eines modernen Brandenburg haben wir in Ihrer Rede nicht wirklich heraushören können. Uns wichtige Themenbereiche wie beispielsweise ein Neuanlauf zur Länderfusion von Brandenburg und Berlin wurden gar nicht erst angesprochen. Aber auch wenn Sie die Chance heute noch nicht genutzt haben, darzulegen, wo Sie demnächst Ihre eigenen Furchen ziehen und nicht nur in der Spur des Vorgängers ackern wollen – wir geben die Hoffnung nicht auf, dass Ihre Regierung Entwicklungspotenzial hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Dr. Woidke, alles Gute, ein erfolgreiches Wirken zum Wohle des Landes und nicht nur für die Sie tragenden Parteien. Von uns, Herr Dr. Woidke und liebe Regierungsmitglieder, haben Sie die Zusage, dass wir Ihnen als konstruktive Opposition dabei genauso wie Ihrem Vorgänger mit kritischen Kommentaren und hilfreichen Anregungen zur Seite stehen. Sollte aber mal Not am Mann

oder an der Frau sein oder die Regierungskoalition mal wieder nicht in die Puschen kommen, dann werden wir Ihnen gern mit weitergehenden Anträgen und Gesetzesinitiativen auf die Sprünge helfen. – In diesem Sinne recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Wir beenden die Aussprache. Die Regierungserklärung ist damit zur Kenntnis genommen worden.

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Herstellung: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Landtag Brandenburg

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de